

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 437

Einwohnerratssitzung vom Montag, 24. November 2014, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

| | |
|-----------------------|--|
| Anwesend | 38 Personen des Einwohnerrates 7 Personen des Gemeinderates |
| Abwesend entschuldigt | Einwohnerrat: Urs Hess, Erich Schwob Gemeinderat: - |
| Vorsitz | Benedikt Schmidt, Präsident |
| Protokoll | Joachim Maas |
| Weibeldienst | Martin Suter |

Geschäftsverzeichnis

1. Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Kunst im Wannenkreisel“ 2902
2. Motion der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Emil Job, betreffend „Neuregelung Entschädigung Gemeindepräsidium“ 2903
3. Bericht der GPK zum Amtsbericht 2013 2904
4. Beantwortung dringliches ~~Motion~~ Postulat der SVP-Fraktion, Roland Kuny, betreffend „Sofortiger Stopp aller Markierungsarbeiten“ 2900
5. Wiedererwägung des Einwohnerratsbeschlusses Ziffer 1 vom 29. September 2014 zum Geschäft Nr. 2884 (Sondervorlage: Realisierung Quartierplan Bahnhofplatz, Verpflichtungskredit von CHF 1'872'000 für Strassenausbauten im Rahmen der Neugestaltung Bahnhofplatz Süd) 2884
6. Sondervorlage Bewilligung Baukredit von CHF 7'204'000 für den Neubau Infrastrukturgebäude Sandgruben und Sanierung Schwimmbadanlage mit Saisonrestaurant 2897
7. Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Christine Gogel, betreffend „Grünabfuhr auch im März wöchentlich“ 2879
8. Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Geruchsbelästigungen durch die ARA Rhein“ 2907
9. Postulat der FDP-Mitte-Fraktion, Andrea Klein, betreffend „Archivierung & Nachverfolgbarkeit“ von ER-Geschäften 2909
10. Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2013 – 2014 2911
11. Fragestunde (nach der Pause)

Begrüssung durch Benedikt Schmidt, Präsident

Liebe Gäste im Publikum, liebe Presse, lieber Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse alle zur 437. Sitzung des Einwohnerrats. Wir haben eine volle Traktandenliste und kommen daher sofort zum Appell.

Präsenz

Es sind zurzeit 38 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 20, das 2/3-Mehr 26 Stimmen.

Mitteilungen

Quartierplanvorschriften „Einkaufszentrum Geisseler“: Der Regierungsrat hat die vom Einwohnerrat Pratteln am 23. April 2012 beschlossenen Quartierplanvorschriften „Einkaufszentrum Geisseler“ genehmigt und damit für verbindlich erklärt.

Quartierplanvorschriften „Einkaufszentrum Grüssen 4a“: Der Regierungsrat hat die vom Einwohnerrat Pratteln am 23. April 2012 beschlossenen Quartierplanvorschriften „Einkaufszentrum Grüssen 4a“ mit Änderung genehmigt. Die geringfügige Änderung betrifft § 5 Abs. 4 des Quartierplanreglements, der wie folgt geändert wurde: „Die zulässigen anrechenbaren BGF betragen maximal 25'690 m², wobei die Nettoladenfläche, ermittelt gemäss § 24 RBV, auf maximal 12'950 m² begrenzt ist.“ Die zulässige Nettoladenfläche wurde dabei klar in Übereinstimmung mit dem Verkehrsgutachten festgehalten.

Votenprotokoll Nr. 436 der ER-Sitzung vom 27. Oktober 2014 Seite 22: „Totalrevision Reklamereglement“ hat die Geschäftsnummer 2096 und nicht 2901.

Die neue Leiterin politische Dienste, Katarina Banoza, wird ab 1.1.2015 ihr Amt antreten.

Neue parlamentarische Vorstösse

Es wurden keine Budgetpostulate und auch keine parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

Information über den Zwischenbericht Quartierentwicklung

Es findet eine Präsentation des Zwischenberichts Quartierentwicklung statt, der vom Abteilungsleiter „Dienste und Sicherheit“ und Projektleiter Marcel Schaub vorgestellt wird.

*Marcel Schaub stellt den Zwischenbericht Quartierentwicklung mittels Folien vor, die dem vorliegenden **Votenprotokoll 437 als Anhang** beigefügt sind.*

Marcel Schaub: Mit dem Project urbain bzw. der Quartierentwicklung wurde im Jahr 2008 gestartet und ich vermute, dass damals niemand wusste, was dies in Pratteln alles bewirken würde. Es wurde auch nicht überall in der Verwaltung mit offenen Armen empfangen, man hatte eher Respekt und wusste nicht, was auf einen zukommt. Das vom Kanton und Bund unterstützte und begleitete Projekt ist mittlerweile sehr gewachsen. Es wurde daraus ein grosses Projekt und wir konnten einiges bewirken und erreichen. Unsere Ziele sind immer noch dieselben und darum sollen sie hier noch einmal erwähnt werden: Verbesserung der Lebensqualität, Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner und Verbesserung des Images der Quartiere (Folie 2). Damals hatten wir, vor allem im Quartier Längi, ein sehr schlechtes Image; es gab nur negative Presse und nichts Positives und mit diesen Vorgaben sind wir gestartet. Wir haben erreicht, dass wir die

Bevölkerung an verschiedensten Massnahmen und Projekten beteiligen konnten und dass sie daran mitgewirkt haben. Anhand verschiedener Projekte – ich kann wirklich nicht alle behandeln – möchte ich aufzeigen, wo wir stehen und dies gleichzeitig in Begleitung von 8 Empfehlungen machen, die wir vom Bund erhalten haben, was Quartierentwicklung heute bedeutet. Eine Empfehlung ist die Querschnittsaufgabe und Verankerung in der Verwaltung, was einen zentralen Punkt darstellt (Folie 3) und wir haben sehr daran gearbeitet. Dies stellt einen wichtigen Teil der Arbeit der Abteilungsleitung dar; alle 2 Wochen haben wir ein Treffen, wo die Quartierentwicklung besprochen wird, was das weitere Vorgehen bei den Projekten ist und was wir bewirken wollen. Zentral ist, dass wir dazu eine Koordinationsstelle erhalten haben, die uns sehr unterstützt, was man auch in der Bevölkerung vor Ort bemerkt. So haben wir erreicht, dass man die Leute in den Quartieren vor Ort ansprechen kann und sie so ihre Anliegen in die Verwaltung tragen. Für uns ist dies ein wichtiger und zentraler Punkt. In der Folge gab es einen Schub und wir konnten mehr Projekte starten. Auch die abteilungsübergreifende Arbeit wird seit längerem gelebt und ist heute in die tägliche Arbeit integriert. Eine weitere Empfehlung des Bundes ist das Einbringen und Zusammenführen der Akteure (Folie 4). Es werden verschiedenste Institutionen zum Mitmachen eingeladen, was uns in Projekten mit dem Roten Kreuz, der Kirche, mit Eigentümern, mit Schulen usw. gelungen ist. Wir arbeiten auch am Thema der Beteiligung der Bevölkerung, mit dem man auch nicht fertig wird, sondern das immer weiter geht. Man sucht die freiwillige Mitarbeit der Bevölkerung und motiviert die Leute zum Mitmachen. Mit dieser Arbeit haben wir schon früher gestartet und die jüngsten Quartiere, die in die Quartierarbeit aufgenommen wurden, sind Aegelmatt und Stockmatt (Folie 5). Hier wurde mit verschiedensten Aktionen gestartet und wir haben Akteure gesucht, die sich engagieren. Es hat sich eine Gruppe gebildet, die das Zusammenleben im Quartier bespricht: Was braucht es, was fehlt, wo könnte man etwas miteinander erreichen und wo verbessern? Dies ist sehr spannend und gerade im jüngsten Quartier hat man festgestellt, dass es vor allem das Zusammenleben ist, wo es Massnahmen braucht und verschiedenste Ideen und Projekte umsetzen will. Ein weiterer Quartierraum ist Rankacker/Gehrenacker (Folie 6). Hier zeigt sich, wie wichtig Begegnungsorte sind; Orte, an denen man sich treffen kann. Man hatte das Glück, Räumlichkeiten zu finden und konnte in diesem Gebiet eine tolle Gruppe aufbauen. Hier hat sich gezeigt, wie gut man die Vorgaben des Bundes umsetzen konnte. Wir haben einerseits Angebote, die von Freiwilligen geführt und eigene Ideen entwickelt werden, wo verschiedenste Gruppen von Kleinkindern bis Erwachsenen sich treffen und miteinander Projekte durchführen. Wir haben in diesem Raum auch professionell geführte Angebote, was ebenfalls wichtig ist und somit ein sehr breites Angebot. Ein zentraler Punkt ist: Wenn man solche Orte und Räume hat, braucht man immer Koordinationsaufwand. Es gibt immer Punkte, die nicht so gut laufen, sei es die Nutzung der Räume, wer darf wann, wer putzt usw. Also braucht es Leute, die hintendran sind und dies begleiten. Eine weitere Empfehlung des Bundes sind Schnittstellen und Aufgabe in den Strukturen vor Ort (Folie 7). Hier haben wir erreicht, dass wir eine Kinderbeauftragte gewinnen konnten, die die freiwillige Arbeit unterstützt, die Personen anleitet und begleitet. Wichtig ist, wie immer, dass man vor Ort ist, weil man vor Ort die besten Beziehungen aufbauen kann. Es ist wichtig, dass man die Koordinationsstelle kennt, wahrnimmt und sie als Gesicht der Verwaltung im Quartier sichtbar ist. Die Förderung des Zusammenlebens geschieht durch Begleitung und Unterstützung der verschiedensten Gruppen, zeigen ihnen verschiedene Möglichkeiten auf, lassen sie aber selber arbeiten. Dies ist wichtig und ein zentraler Punkt, gerade so, wie hier am Quartierfest in der Längi (Folie 8) oder Gehrenacker. Es geht nicht darum, dass die Verwaltung organisiert, dies sollen die Personen aus dem Quartier mit ihren Leuten und Mitteln selber machen. Wichtig ist, dass wir ihnen die Möglichkeit bieten, bei Problemen unterstützend zu wirken und uns zu zeigen und so die Gemeinschaft unterstützen. Wichtig ist auch, Eltern und Kinder in Kursen und mit anderen Möglichkeiten weiter zu bringen. Hier gibt es den Eltern – Kind – Treff (Folie 9), wo Eltern mit kleinen Kindern zusammengenommen werden, man mit ihnen spielt und aufzeigt, wie man sich verhält und welche Möglichkeiten und Aufgaben man in unserer Gesellschaft hat. Dies wird hier gezeigt und gelehrt. Ein weiteres Angebot ist das Musizieren mit Kindern (Folie 10) und hat hierbei festgestellt, dass, gerade kleinere fremd-

sprachige Kinder die Sprache so schneller lernen. Es gibt auch hier verschiedenste Angebote mit tollen Angeboten, die das Miteinander fördern. Ein sehr grosser Punkt ist der Quartiertreff Längi (Folie 11). Seit Beginn war dieser ein Wunsch der Bevölkerung. Verschiedenste Varianten sind gescheitert und wir haben nun die Möglichkeit, mit einer Containeranlage einen solchen Quartiertreff zu bauen. Vorgesehen ist, dass er im Januar oder Februar steht und wir hoffen, dort ein Angebot aufzubauen und die Bevölkerung der Längi die Möglichkeit hat, sich zu treffen. Es werden verschiedenste Angebote vorhanden sein. Solche, die wir als Verwaltung anbieten und vor allem solche aus der Bevölkerung heraus. Dies ist das Hauptziel; wir versuchen, die Bevölkerung zu bewegen, damit sie sich selber organisiert, unterstützt und einander behilflich ist. Wichtig ist der Einbezug unterschiedlicher Ansprüche ans Wohnumfeld und den öffentlichen Raum (Folie 12) und natürlich auch ans private Wohnumfeld. Dies ist kein einfacher Punkt und ich zeige es nachher. Es ist ein steter Prozess und es gibt sehr viele Diskussionen darüber und nicht nur tolle. Es gibt weiter den Wohnungsmarkt und die Wohnungsbewirtschaftung als Punkt des Bundes, den wir aber nicht bearbeiten können. Zum Wohnumfeld: In diesem privaten Gelände in den Neusatzreben (Folie 13, Folie 14) konnten wir mit dem Eigentümer und der Verwaltung erreichen, dass das Wohnumfeld neu gestaltet wurde. Man hat das Wohnumfeld und den Spielplatz neu gemacht unter Begleitung unserer Verwaltung und einer externen. Dies hatten wir vorher noch nie gemacht und es entwickelte sich zu einem spannenden Projekt. Kinder und dort wohnende Personen wurden mit einbezogen und konnten so ein Projekt gestalten. Die Liegenschaftsverwaltung hat rund CHF 80'000 für den Umbau investiert und auch vom Kanton kam eine gewisse Unterstützung. Die Kinder wurden gut integriert und haben mitgeholfen. Dies ist wichtig, weil es ein anderes Verhältnis zu dem ergibt, was man gebaut hat. Man geht anders damit um und es wird entsprechend weniger kaputt gemacht. Dies war eine sehr tolle Arbeit mit grossem Zeitaufwand, brachte aber einen Riesenerfolg. Solche Projekte sollte man noch viel mehr umsetzen, aber nicht alle Verwaltungen sind bereit, auf uns einzugehen, Gespräche zu führen und oftmals scheitert es an den Kosten. Wenn man am Ball bleibt und immer wieder aktiv ist, hat man gute Möglichkeiten, die Verwaltungen zu motivieren, etwas im Umfeld zu verändern. Im Gehrenacker (Folie 15) wurde ein ähnliches Projekt durchgeführt. Beim Gelände handelt es sich um Privatgelände. Der Platz beim Brunnen wurde zubetoniert, was die Bewohnerinnen und Bewohner gestört hat. Es gab mehrere Gespräche mit den Bewohnerinnen und Bewohnern, wie ein Platz aussehen sollte und was er alles können muss und was man dort machen kann und darf. Es hat sich schnell gezeigt, dass es sich nicht nur um den Platz, sondern um die gesamte Strasse handelt, die involviert werden soll. Daran arbeiten wir und haben von der Liegenschaftsverwaltung das Okay erhalten, den Platz zu benutzen und die Liegenschaftsverwaltung wird sich auch finanziell an der Umgestaltung beteiligen. Arbeitsbeginn wird im Frühling sein. Hier können wir zeigen, was möglich ist, wenn die Leute mitmachen, sich beteiligen und Zeit investieren. Dieses Projekt könnte auf die gesamte Gemeinde Ausstrahlungskraft haben und an anderem Ort ähnliche Projekte auslösen. Es gibt auch kleine und einfache Projekte. Hier war eine nicht genutzte Wiese und von den Kindern hat man gehört, dass sie gerne Fussball spielen würden (Folie 16). Einfach und unkompliziert wurde die Matte vorbereitet, Tore gekauft und aufgestellt und einige Sitzgelegenheiten aufgestellt und schon waren alle glücklich und zufrieden. Fast alle. Es gab auch Leute aus der Umgebung, die gesagt haben, sie könnten nun wegen des Lärms tagsüber nicht mehr schlafen, weil sie nachts arbeiten. Es gibt immer wieder Konflikte und darum ist es gut, wenn die Koordinationsstelle dies wieder richten und die Gespräche führen kann. Es muss immer ein Weg gefunden werden, der für beide gangbar ist. Ein sehr grosses Projekt ist die Begegnungszone in der Längi, das dem Einwohnerrat demnächst vorgelegt wird (Folie 17). Beim Platz handelt es sich um 850 m² Privatgelände. Wir hatten hier einen Riesenerfolg, indem wir den Platz gratis und franko im Baurecht nutzen dürfen. Diese Verträge liegen vor und wenn der Einwohnerrat der Vorlage zustimmt, wäre es eine tolle Möglichkeit zu einem Superpreis eine solche Veränderung ins Quartier zu bringen. Der Platz als Begegnungszone und Begegnungsort wäre eine wahnsinnige Aufwertung dieses Quartieres. Ebenfalls bedeutend ist die Verbesserung des Images (Folie 18). In den letzten Jahren gab es nahezu keine negativen Meldungen mehr in der Presse, und man

hat über die Gemeinde bzw. die Quartiere und die Quartierentwicklung nur positiv berichtet. Gegen aussen hat sich das Erscheinungsbild total geändert. Wenn man zufrieden ist, kommt dies anders herüber. Ich kann nur alle auffordern, sich hier zu engagieren und andere zum Engagement aufzufordern. Wir in der Verwaltung wissen, dass wir noch einiges zu tun haben. Wir sind auf einem guten Weg, haben schon vieles erreicht, aber es ist noch nicht so, wie wir es gerne hätten; dies ist ja normal. Wenn man ein Ziel hat, ist man nicht immer gleicher Meinung. Dies ist auch hier im Rat nicht immer so und muss so sein. Fazit von mir ist: Die Quartierentwicklung ist aktiv sichtbar und hat in der Kultur und im Zusammenleben einiges gebracht. In den letzten Jahren konnten wir in der Verwaltung das Wissen über Quartierentwicklung und Integration aufbauen und verbessern: Die Quartierentwicklung ist, wie schon früher gesagt, ein stetiger Prozess und bestimmte Massnahmen bedürfen einer übergeordneten Strategie. Das Image konnte verbessert werden und der Dialog mit der Bevölkerung wird fortgesetzt. Die Zusammenbeitskultur ist und bleibt eine Herausforderung.

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Es gibt keine Bemerkungen zum zugestellten Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2902

Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Kunst im Wannenkreisel“

Aktenhinweis

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Kunst im Wannenkreisel“ vom 23. September 2014

GR Stefan Löw: Frage 1: *Wo ist aktuell diese Installation deponiert?* Die Installation ist im Depot Löli zwischengelagert. Dies wurde der Familie Schweizer mit Brief vom 13. Oktober mitgeteilt. Frage 2: *Meint der Gemeinderat nicht auch, dass dem Künstler Peter Schweizer, wenigstens posthum, etwas Achtung und Respekt entgegengebracht und die Installation wieder an ihren alten Ort als Mahnmal angebracht werden sollte?* Grundsätzliches: Die Installation gehört der Familie Schweizer und ist nicht im Besitz der Gemeinde. Ob die Installation nach Abschluss der Bauarbeiten wieder an ihrem alten Ort hingestellt wird oder an einem anderen Ort, wird zurzeit abgeklärt. Zu berücksichtigen gilt es, dass der neue Kreisel einen grösseren Durchmesser aufweist, als der alte, und die Installation deshalb im Kreisel nicht mehr gleich gut zur Geltung kommt. Frage 3: *Ist der Gemeinderat gewillt, mit dem Kanton Kontakt aufzunehmen (der Wannenkreisel ist auf der Kantonsstrasse) und die Installation des Kunstwerkes zu erwirken?* Wie erwähnt, laufen zurzeit Abklärungen zwischen der Familie Schweizer, dem Kanton und der Gemeinde. Frage 4: *Welche alternativen Standorte würden sich anbieten, falls eine Installation am alten Standort nicht möglich wäre?* Der Gemeinderat könnte sich vorstellen, dass die Installation im Innern eines anderen Kreisels aufgestellt wird z. B. im Kreisel Hohenrainstrasse/Gallenweg, welcher momentan noch keine Innengestaltung besitzt. Allerdings würde die Platzierung der Installation an diesem neuen Ort wiederum das Einverständnis des Kantons voraussetzen.

://: Der Rat stimmt einer Diskussion stillschweigend zu.

Patrick Weisskopf: „Kunst im Kreisel“ und plötzlich war sie weg. Kein Wort, keine Zeile, so, wie Vieles ab- und zu verschwindet. Über Kunst lässt sich immer diskutieren. Den Einen gefällt sie, den Anderen weniger und dasselbe gilt auch für Verkehrskreisel. Der Eisenplastik des Prattler Künstlers Peter Schweizer kommt aber eine besondere Bedeutung zu und so drehen wir das Rad der Zeit zurück. 1995 wurde in Pratteln der erste Kreisel in der Wanne gebaut. Es war auch einer der ersten Kreisel im Kanton und so war nicht verwunderlich, dass einige Offroader sich nicht von der geraden Linie abbringen liessen und den damaligen Schutthaufen einfach überfahren haben. Schon bald wurde in einer Nacht-und-Nebel-Aktion ein Pfahl in den Hügel geschlagen und einige Tage später stand eine Figur daneben, die sich an den Pfahl angelehnt hat. Einige Unbeirte haben nachgesehen, ob die Figur männlich oder weiblich war und so hat man gemerkt, dass es eine Frauengestalt war. Bald hat der Kanton festgestellt, dass der Hügel zu hoch war, man hat ihn abgetragen und die erste Kunst-im-Kreisel-Figur ist verschwunden. Nicht aus dem Kopf verschwunden ist aber die Idee von Kunst im Kreisel und blieb im Gespräch. 1996 haben Peter Schweizer und einige seiner Freunde die Idee gehabt, ein Kunstwerk für den Kreisel zu erstellen und in Pratteln Sponsoren gesucht. Viele freiwillige Helfer haben sich gemeldet, um die Kosten des Kunstwerkes tief zu halten und sogar die Bürgergemeinde hat einen anständigen Betrag gespendet. So konnte man am 24. Januar 1997 an einer Vernissage unter Anwesenheit von Regierungsrätin Elisabeth Schneider das erste Kreiselkunstwerk einweihen. Da schenkt der Bürger der Öffentlichkeit ein Kunstwerk und eine Regierungsrätin kommt zur Einweihung. Dies gibt es heute nicht mehr und Kunstwerke kosten viel Geld. Mit den „Schaufelgesichtern“ hat sich Peter Schweizer gegen die tragische Konsumgesellschaft gewendet und auch gegen die Kriegsgräueltaten in Europa; es war seinerzeit gerade Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Die namenlosen und verlorenen Gesichter haben auf das Kriegsgräueltatengeblickt und sich über das ins finstere Mittelalter sinkende Europa gewundert. Diese 12 Gesichter standen auch als Tor zu Pratteln mit Blick in alle 4 Richtungen. Sie haben begrüsst und verabschiedet und mit ihrer Rostfarbe daran gemahnt, Sorge zu tragen zu uns, zu unserer Zeit und zu unserer Umwelt. Ich glaube, das Kunstwerk hat nichts an Aktualität eingebüsst. Wenn man Nachrichten hört, ist das Mittelalter mit seinen Gräueltaten in vielen Ländern zurückgekehrt: Syrien, Irak, Somalia. Auch wenn wir es mit unserer Konsumgesellschaft nicht wahr haben wollen, die Auswirkungen sind spürbar. Darum möchte die Familie Schweizer mit vielen Spenderinnen und Spendern, dass die Eisenplastik nicht irgendwo verschwindet, sondern weiterhin im öffentlichen Raum bleibt und zu bewundern sein wird. Wir fordern darum den Gemeinderat auf, die entsprechenden Schritte zu unternehmen und einen guten Standort findet, wo diese Plastik auch in Zukunft stehen kann.

GP Beat Stingelin: Ich hatte mit Dimitri Schweizer schon lange Kontakt wegen des Kreisels bzw. des Schmuckes. Er nennt es nicht Kunst, sondern Kreiselschmuck. Er hat mit mir sehr lange korrespondiert und gesagt, dass er ihnen gehört und wo er gelagert ist. Wem der Kreiselschmuck gehört, war nicht klar; es hätten auch Kanton oder Gemeinde sein können. Es ist klar geschrieben, dass der Kreiselschmuck dem Künstler gehört. Der Künstler hat den Kreiselschmuck tatsächlich durch Sponsoring finanziert. Ich kenne diese Geschichte gut und war auch bei der Einweihung dabei. Die Familie Schweizer hat gesagt, dass sie die Plastik zu sich nehmen und im öffentlichen Raum aufstellen möchten. Und wo soll sie stehen? Auf der Abteilung Bau erhalten wir sicher monatlich eine Anfrage eines Künstlers, der sein Werk aufstellen will. Den Raum dazu haben wir nicht. Die Frage ist, wer die Pflege übernimmt. Jeder Kreiselschmuck in Pratteln wurde von Privaten bezahlt, ausser Kunimatt, den die Gemeinde bezahlt hat. Alle anderen sind privat und auch der Unterhalt ist privat. Der Besitz ist immer privat und nie kantonal. Es werden Verträge mit dem Kanton abgeschlossen und ebenso beim Kreisel von Peter Schweizer. Nun ist Dimitri Schweizer zuständig und wir haben ihm angeboten, dass er beim Kanton ein Gesuch stellen soll für die anderen beiden Kreisel, wovon einer noch zu bauen ist. Das Gesuch ist an den Kanton zu stellen und nicht an die Gemeinde, weil bei Kantonsstrassen der Kanton zuständig ist und nicht die Gemeinde. Wir hoffen, dass sich wieder Leute finden, die die Plastik restaurieren und dann wird wahrscheinlich

auch der Kanton bereit sein, die Plastik an einem Ort, an dem sie zur Geltung kommt, aufzustellen. Dies ist Sache der Familie Schweizer.

Die Interpellation Nr. 2902 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2903

Motion der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Emil Job, betreffend „Neuregelung Entschädigung Gemeindepräsidium“

Aktenhinweis

- Motion der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Emil Job, betreffend „Neuregelung Entschädigung Gemeindepräsidium“ vom 29. September 2014

GP Beat Stingelin: Es ist nicht ganz einfach, zu sich selber Stellung zu nehmen. GR Max Hippenmeyer hat in der Fragestunde die Fragen beantwortet. Mich hat befremdet, dass, bevor die Fragen von GR Max Hippenmeyer beantwortet waren, die Motion schon eingereicht war. Ich denke, dass dies kein politischer Stil ist, Emil Job. Wenn man eine Fragestunde macht, fragt man zuerst, wartet auf die Antwort und wenn man nicht mit den Antworten zufrieden ist, macht man etwas Anderes später. Ihr seht es auf der Motion: Sie wurde am 29. September eingereicht. Dies zur Vorgeschichte. Die ganze Motion ist falsch aufgebaut. Für mich ist es so, dass mein Zeitaufwand als Gemeindepräsident mindestens 75 % beträgt. Jetzt kann man diskutieren, ob man dies will, ob man es auch mit weniger Zeitaufwand machen kann, gebe aber den Politikern zu bedenken: Je weniger die Politik auf die Verwaltung Einfluss nimmt, desto mehr regiert die Verwaltung und dies will ich nicht und dafür habe ich mich eingesetzt. Bereits als ich Gemeindepräsident wurde, war der Lohn ähnlich und den bestimme nicht ich. Wenn ich den Lohn nicht erhalten hätte, hätte ich das Amt nicht angenommen. Für den vorgeschlagenen Lohn von CHF 75'000 im 50%-Pensum, aber mindestens 75 % arbeiten, setze ich meinen sonstigen Job nicht aufs Spiel und genau dies ist ein wesentlicher Punkt. Man kann über die Höhe diskutieren; die Gemeinde Liestal, einiges kleiner und wahrscheinlich läuft dort nicht so viel wie in Pratteln, liegt mit CHF 90'000 einiges über CHF 75'000. In der Gemeinde Reinach sind es auch über CHF 100'000 und diese Gemeinde kann man etwa mit uns vergleichen. Ich kann ihnen sagen, dass der Zeitaufwand enorm ist, wenn man das Amt ernst nimmt. Letzten Samstag kam ich nachts ungefähr 21.30 Uhr von den Ferien zurück und hatte 17 Telefonanrufe wegen der ARA. Sonntag und Montag war ich praktisch nur wegen der ARA unterwegs und habe nichts anderes gemacht. Darum bin ich überzeugt, dass der Ansatz der Motion falsch ist. Der Ansatz sollte der sein, dass das Gemeindepräsidium mindestens 75 % umfasst - und dies ist das Wichtigste und alles andere finde ich falsch. Darum bitte ich sie, die Motion nicht zu überweisen. Mich persönlich betrifft es nicht. Betroffen hat mich, dass man mich so qualifiziert. Ich denke, die Qualifikation auf CHF 75'000 herunter bedeutet, dass die von mir gemachte Arbeit nicht mehr wert ist. Ich habe das Beste gegeben, aber für die Grünen und Unabhängigen habe ich in meinem Job zu wenig gemacht und daher darf er nur mit CHF 75'000 bewertet werden.

Emil Job: Die Motion bezieht sich auf das Geschäft 2225, das wir im Jahr 2004 behandelt haben. Die damalige Diskussion über die Entschädigung des Gemeindepräsidenten wurde schlicht und einfach mit dem Hinweis abgewürgt, dass es kurz vor den Wahlen sei und man nichts mehr ändern dürfe. Darum wollen wir die Diskussion endlich zu Ende führen. Ich betone, dass genau das nicht passiert, was GP Beat Stingelin soeben gemeint hat. Wir unterstellen absolut nicht, dass er schlecht gearbeitet hat - im Gegenteil,

wir sind sehr zufrieden. Es geht nur darum, darüber zu reden und nicht um die Qualifizierung einer Person. Es ist heute sicher nicht zu spät vor den Wahlen, um darüber zu reden und dieses Stopp-Argument ist heute nicht gerechtfertigt. Tatsache ist, dass der Jahreslohn des Gemeindepräsidenten mehr als das doppelte der anderen Gemeinderäte beträgt. Ich habe im Geschäft 2585 gehört, dass die Sitzungsgelder für Gemeinderäte nötig sind, weil die Entlohnung nicht besonders fürstlich ist. Dass dieses Argument nicht vom Gemeindepräsidenten gekommen ist, ist für mich plausibel. Mehrfach musste ich hören, dass das Präsidium eigentlich eine 75%-Stelle sei; dies mag sein, aber Tatsache ist, dass in der Verordnung ein Halbamt vorgesehen ist. Wie kann es in einem Milizsystem zu solchen Lohnunterschieden kommen? Ich gehe davon aus, dass nicht nur der Gemeindepräsident, sondern auch die Gemeinderäte kompetent sind. Mir ist bewusst, dass ich die Motion anpassen kann, was ich auch jetzt mache. Ich schlage vor, auf eine 75%-Stelle zu ändern und den Lohn zu belassen. Dies ist genau das, was GP Beat Stingelin gemeint hat, was es ist.

Kurt Lanz: Geschäft 2585 ist schon lange her. Trotzdem scheint es eine Frage zu geben und schon bevor die Frage beantwortet war, wurde eine Motion eingereicht. Ich habe überlegt, warum diese Motion? Offensichtlich geht der Motionär davon aus, dass der Lohn des Gemeindepräsidiums ungerechtfertigt ist. Ungerechtfertigt, recht, unrecht, vielleicht ist es auch nicht so recht, dass man den Eindruck erwecken will, man interessiere sich zuerst und macht die Motion doch, bevor die Fragen beantwortet sind. Wenn ich gehört habe, was Emil Job gesagt hat, habe ich das Gefühl, dass er es nicht wirklich verstanden hat. Erstens glaube ich auch, dass GP Beat Stingelin das Recht hat, sauer zu sein. Wenn mir mein Chef beim Mitarbeitergespräch sagen würde, wie viel ich wert bin und dies massiv unter dem liegt, was ich mir vorgestellt habe, hätte ich garantiert keine Freude. Ich könnte mir auch vorstellen, dass GP Beat Stingelin Dienst nach Vorschrift macht und nach einer bestimmten Zeit sagt, dass er die Telefone nicht mehr abnehme. Wenn er in seiner Agenda sieht, dass die 50 % beansprucht sind, lässt er die Sitzung in Liestal zur Verlegung der Rheinstrasse aus - schliesslich hat er ja schon 50 % gearbeitet. Dies kann ja nicht wirklich die Vorstellung sein. GP Beat Stingelin hat zu Beginn gesagt, dass es andere Gemeinden gibt, die nicht dieselbe Grösse haben bzw. kleiner sind, und gleich viel oder mehr bezahlen. So gesehen hat es die Gemeinde Pratteln verdient, einen anständigen Lohn für das Gemeindepräsidium zu zahlen. Alle reden davon, dass qualifizierte Personen an solchen Stellen sind und wenn wir dies nicht mehr wollen, müssen wir den Lohn so uninteressant machen, dass sich unqualifizierte Personen für diesen Posten bewerben. Dies bedeutet, dass man dann zwischen Unqualifizierten auswählen kann. Natürlich gibt es auch dann eine Wahl, aber ich bin mir nicht sicher, ob wir dann noch auf dem richtigen Weg sind. Aus diesem Grund bitte ich sie, die Motion nicht zu überweisen.

GR Max Hippenmeyer: Ich lege meine Gedanken ganz allgemein dar. Was nichts kostet, ist nichts wert. Es geht mir nicht darum, GP Beat Stingelin zu qualifizieren, aber dieser Vorstoss ist schlicht deplatziert; es tut mir leid, dies so zu sagen. Bei der Aufstellung der Zahlen in der Motion handelt es sich um eine Milchbüchleinrechnung, die so nicht aufgeht. Die Anforderungen und Kompetenzen für ein Gemeindepräsidium sind wesentlich höher als an einen Departementschef. GP Beat Stingelin ist der CEO der Gemeinde Pratteln und vertritt sie nach aussen beim Kanton, bei allen Instanzen und überall. Dies hat seinen Preis und dass man nun meckert, finde ich daneben, auch in Würdigung der Arbeit von GP Beat Stingelin. Den Antrag einfach abzuändern, geht so nicht und ich bitte sie, diesen nicht zu überweisen. Wenn Emil Job einen neuen Antrag machen will, werden wir diesen diskutieren. Wir sind hier nicht an einem Basar und - vielleicht CHF 75'000 oder doch eher CHF 70'000 oder CHF 90'000 - geht so nicht. Wir reden hier von Fachleuten, die unsere Gemeinde kompetent führen und wenn es nicht gut ist, hat das Stimmvolk Gelegenheit, diese Person nach 4 Jahren nicht mehr zu wählen.

Jens Dürrenberger: Ich spreche im Namen der FDP-Mitte-Fraktion. Ich unterstütze die Vorredner und unterstütze auch, was GP Beat Stingelin gesagt hat, nämlich, dass die

Motion falsch aufgesetzt ist. Es ist so, dass der Vergleich mit den anderen Gemeinderäten nicht so einfach möglich ist. Beim Präsidenten handelt es sich um eine Kaderstelle und Kaderstellen werden im Lohnniveau auf anderer Höhe angesiedelt. Wir sind mit GP Beat Stingelin zufrieden, halten den Lohn für gerechtfertigt und dafür, die Motion nicht zu überweisen.

Emil Job: Gemäss Einwohnerratsreglement 3.1.4.2 kann ich eine Motion ändern: „*Der Antragsteller kann den Wortlaut einer Motion oder eines Postulates während der Beratung ändern*“. Dies hat nichts mit Basar zu tun, sondern ist Einwohnerratsreglement. Zu den Ausführungen von GP Beat Stingelin, dass er es nicht schön findet, wenn ich eine Fragestunde mache und gerade eine Motion einreiche: Ich habe gehäht, was für eine Antwort ich erhalte und darum nicht warten wollen, bis ich die Antwort habe. Ich habe mich daran gewöhnt, dass die Antworten nicht immer sehr ausführlich sind, was ich auch nicht schön finde und hier mehr erwarte.

Kurt Lanz: Ich rede nur zum Antrag bzw. der Änderung, weil der Motionär die Motion ändern will. Man kann eine Motion ändern. Wenn nun die Motion geändert wird, bin ich mir nicht sicher, ob alle hierin wissen, über welche Zahlen genau diskutiert wird, ob es alle nachgerechnet haben, was es bedeutet usw. Dann möchte ich in Erinnerung rufen, dass eine Motion den Gemeinderat verpflichtet, das zu handeln, was die Motion schlussendlich verlangt. Ich fühle mich nicht imstande, anhand dessen, was gerade gesagt wurde, Gedanken über die Folgen zu machen und schon alleine deshalb ist eine Änderung einer solchen Motion für mich unmöglich. Ich würde es auch nicht verstehen, wenn jemand einer Änderung zustimmen würde. Dies wäre für mich absolut unseriös.

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion hat sich schon, als die Entschädigung vor einigen Jahren diskutiert wurde, eingebracht und moniert, dass der Gemeindepräsident von Pratteln den besten Lohn im ganzen Kanton habe. Stossend ist für mich, wenn der Gemeindepräsident von politischem Stil redet oder auch der Gemeinderat. Man sieht, wie sie die demokratischen Entscheide des Einwohnerrates respektieren, wenn sie Beschwerde beim Regierungsrat zu einem legitimen Entscheid einlegen. Wenn der Gemeindepräsident den politischen Stil kritisiert, habe ich Mühe damit. Ob nun das Gemeindepräsidium ein Halbamt oder ein Dreiviertelamt ist: Wir finden ein Halbamt richtig und wie viel Zeit man schlussendlich wirklich aufwendet, ist auch eine organisatorische Frage. Wie Gemeinderat Max Hippenmeyer gesagt hat, kann sich der CEO organisieren und ein Halbamt ist ausreichend. Zur Änderung der Motion von Emil Job: Wir geben zu bedenken, dass es ein Stück weit eine Milchbüchleinrechnung ist und auch noch einem Dreiviertelamt zustimmen, können wir nicht. Mehrheitlich wären wir für den ersten Antrag gewesen, aber den Ergänzungen des Antrages können wir nicht zustimmen.

Marc Bürgi: Es ist korrekt, wie mein Vorredner Christian Schäublin bereits gesagt hat, dass der Einwohnerrat heute darüber debattiert, dass der Gemeindepräsident von Pratteln die höchste Entschädigung hat. Trotzdem, diese Motion ist ein klarer Auftrag an den Einwohnerrat und Gesetzgeber, es zu ändern. Die Motion basiert auf so vielen Annahmen, dass wir von der FDP-Mitte auch der Änderung in ein Postulat nicht zustimmen können. In Reinach verdient der Gemeindepräsident CHF 100'000, dafür gibt es andere Zahlen bei den Sitzungsstunden und unter dem Strich gleicht sich dies in etwa aus. Pratteln ist eine Gemeinde, enorm im Wachstum und Wandel und einigen Problemen ausgesetzt ist, für die GP Beat Stingelin tagtäglich rennen muss. Ob es nun ein Halbamt ist oder etwas anderes, ist eine andere Diskussion. Ich bin der Meinung, GP Beat Stingelin mag in der Lage sein, das Gemeindepräsidium plus die normale Funktion als Gemeinderat in einem halbwegs Halbamt auszuführen. Ich bin überzeugt, dass keiner hierin, der neuer Gemeindepräsident wäre, dies von Beginn weg mit einem 50%-Pensum umsetzen könnte. Die ganze Diskussion ist leicht polemisch. Christian Schäublin hat vorhin die Beschwerde erwähnt. Auch wenn es ein demokratischer Entscheid des Einwohnerrates war, ist es Recht des Gemeinderats, Beschwerde einzureichen. Diesbezüglich ist es wichtig, die Kirche im Dorf zu lassen, auch gegenüber dem Postulat, falls es umgewan-

delt würde. Wir würden nicht zustimmen, weil es zu viele Annahmen enthält und eine Zustimmung wäre nicht seriös.

Mauro Pavan: Du, Christian Schäublin, hast vorhin gesagt, was du stossend findest und nun sage ich, was ich stossend finde. Es kann sein, dass du Recht damit hast, dass unser Gemeindepräsident der bestverdienende Gemeindepräsident im Kanton ist. Dies weiss ich nicht und kann ich jetzt gerade nicht überprüfen. Stossend finde ich aber und für wenig Stil sprechend, dass euch nie gestört hat, dass der Gemeindepräsident aus euren Reihen gekommen ist.

Christian Schäublin: Damals war eine andere Situation; man hatte damals ein Halbamt plus ein Departement. Nun ist alles ein und dasselbe. Entsprechend hat der Gemeindepräsident auch kein Departement mehr und hat früher mehr gemacht. Die Departemente wurden so aufgeteilt, dass noch eines übrig bleibt, das man aber nicht mehr als Departement bezeichnen kann.

GR Max Hippenmeyer: Was Christian Schäublin gesagt hat, stimmt nicht und es ist gleich wie zu Willi Schneiders Zeiten. Der Präsident hat ein Amt und ein Departement. Dies hat man schon umfangreich diskutiert. Als sein Stellvertreter habe ich Einblick in das Pflichtenheft, die Aufgabenbereiche und den Zeitaufwand des Präsidiums und habe es auch gemacht, wenn er in den Ferien war. Wir können froh sein, dass wir einen solch billigen Gemeindepräsidenten haben.

Bruno Baumann: Eine Diskussion einmal mehr ums Geld für einen Gemeindepräsidenten. An dieser Stelle möchte ich unserem Gemeinderat danke sagen für die geleistete Arbeit, egal, wie viel verdient wird. Wenn man weiss, was sie tagtäglich unterwegs sind und wenn sie einmal etwas falsch machen, wird mit dem Finger auf sie gezeigt. Darum ist es auch, je länger je schwieriger, Personen für ein solches Amt zu finden. Ich unterlasse es daher nicht, nicht nur dem Gemeinderat danke zu sagen, sondern auch dem Stab und der gesamten Gemeindeverwaltung. Wenn ich höre, was hier diskutiert und geschimpft wird, ist es an der Zeit, endlich einmal zu sagen „Das hast du gut gemacht“. Diese Kultur fehlt uns hierin. Klar sind wir dazu da, irgendetwas abzulehnen oder zuzustimmen. Irgendwann sollte man auch danke sagen und dies mache ich jetzt. Wenn man weiss, dass GP Beat Stingelin und der ganze Gemeinderat mit Leib und Seele bei einem Geschäft dabei sind, und dann noch sagt, sie sollen etwas bringen, machen sie dies. Darum kann ich der Motion von Emil Job überhaupt nichts abgewinnen. Lehnt darum diese Motion und eventuelle Änderungen ab.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Die Motion Nr. 2903 wird nicht erheblich erklärt.

Geschäft Nr. 2904

Bericht der GPK zum Amtsbericht 2013

Aktenhinweis

- Bericht der GPK zum Amtsbericht 2013 vom 15. September 2014

Christina Schäublin als Präsident der GPK: Die GPK hat den Amtsbericht an drei Sitzungen geprüft und diskutiert. Es wurde ein Fragenkatalog mit rund 25 Themen zu Händen des Gemeinderates erstellt, der termingerecht vom Gemeinderat beantwortet wurde. Der vorliegende Bericht wurde einstimmig von der GPK verabschiedet. Die aktuellen Mitglieder der GPK sind: Eva Keller, Rosa Calicchio, Marc Bürgi, Patrick Weisskopf, Albert Willi, Erich Schwob und Christian Schäublin. An dieser Stelle danke ich nochmals allen Mitarbeitenden und allen Behörden und auch dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit zum Wohle der Bevölkerung. Der Amtsbericht des Gemeinderates ist ein ausführlicher Bericht über das vergangene Jahr 2013. Die Fragen und Diskussion zum Amtsbericht haben der GPK aufgezeigt, wo Prüfungspotenzial vorhanden ist und welche Themen weiter zu beobachten sind. Die GPK kam einstimmig zum Schluss, den Bericht so zu genehmigen, wie er hier vorliegt und bittet sie, ihn zur Kenntnis zu nehmen.

Kurt Lanz: Die SP-Fraktion dankt der GPK für die Arbeit. Ich weiss, dass die GPK auf der Gemeinde Pratteln keine personellen Ressourcen hat, auf die sie zugreifen kann, wie dies gerade auf Bundesebene diskutiert wird. Dort gibt es offensichtlich Leute, die für die GPK schaffen und dies will man offensichtlich noch aufstocken. In Pratteln haben wir dies nicht und daher danke ich den Personen der GPK, weil sie ihre Kontrollen selber durchführen müssen. Ich habe bedauert, dass sich die GPK nicht mit dem Gemeinderat getroffen hat, weil dies immer eine gute Gelegenheit zum Austausch darstellt. Mit Austausch meine ich nicht nur, eine Frage zu stellen und eine Antwort zu erhalten, sondern es könnte daraus eine Gegenfrage resultieren und dies geschieht nicht, wenn man nicht das persönliche Gespräch sucht. Auf der heutigen Traktandenliste steht auch noch der Bericht der GPK, darin kommt die KESB vor und daher sage ich zum Bericht der GPK zum Amtsjahr 2013 – 2014 nochmals vielen Dank.

Stephan Bregy: Wir danken allen Involvierten für diesen Bericht und nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Roland Kuny: Auch die SVP-Fraktion dankt allen Mitarbeitenden an diesem Bericht und nimmt ihn zur Kenntnis.

Pascal Schacher: Auch die Fraktion der Unabhängigen bedankt sich für die Arbeit der GPK und den kurzen und bündigen Bericht und nimmt ihn zur Kenntnis.

Der Bericht des Gemeinderates an den Einwohnerrat über die Amtsführung im Jahre 2013 wird zur Kenntnis genommen.

Geschäft Nr. 2900

Beantwortung dringliches Motion Postulat der SVP-Fraktion, Roland Kuny, betreffend „Sofortiger Stopp aller Markierungsarbeiten“

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 30. Oktober 2014

GR Ruedi Brassel: Die schriftliche Beantwortung liegt vor und wir haben an den vorhergehenden Einwohnerratssitzungen diese Thematik ausführlich diskutiert. Die Situation, seitdem die Beantwortung des Postulates festgelegt wurde, hat sich geändert: Es können die Signalisationen vorgenommen werden, weil die Publikation ohne eine einzige Beschwerde erfolgte. Darum sind wir auch dafür, das Postulat abzuschreiben und in der Lage, mit der Signalisation und den Vormarkierungen Klarheit zu schaffen. Es werden Felder provisorisch mit Winkelmarkierungen bezeichnet, damit sie winterfest sind und nicht durch den Winter die ganze Situation verschwindet. Die definitiven Markierungen werden wir nach der Bereinigung mit der Bevölkerung im Frühling vornehmen. Wichtig ist nun, dass die unklare rechtliche Situation mit der Signalisation der Tempo-30-Zone, die nicht nur aus den Strassenmarkierungen besteht, beseitigt werden kann und klar wird, was gilt. Damit wird die Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer und Teilnehmerinnen erhöht und auch die Rechtssicherheit für die Ahndung von Verstössen. Ich bitte sie, das Postulat, das ja umgesetzt wurde, weil wir keine definitiven Markierungen vorgenommen haben und die definitiven erst Ende Winter gemacht werden, abzuschreiben.

Roland Kuny: Ich danke für die Beantwortung meines Postulates. Mit dem dringlichen Postulat wollte ich bewirken, dass die geplanten Massnahmen als Erstes noch einmal auf dem Papier kontrolliert werden: Wo sind Ein- und Ausfahrten, wo könnte es Konflikte geben, sind die geplanten Parkplätze vor Ort immer noch an der richtigen Stelle oder bestehen Einflüsse, die man vorher nicht erkannt hat und eventuell wäre sogar ein Gespräch mit den angrenzenden Eigentümern sinnvoll und erst dann sollten die Vormarkierungen angebracht werden. Dass nun die Vormarkierungen trotzdem gemacht wurden und diese Kontrollaufgabe der Bevölkerung zugeschickt wurde, war nie Absicht meines Postulates. Schliesslich verlangen wir als Einwohner, dass die Verwaltung bzw. das beauftragte Büro die anvertrauten Aufgaben wahrnehmen und korrekt ausführen. Für das erhalten sie auch ein Honorar, das nicht gerade klein sein dürfte. Ziel einer solchen geplanten Markierung muss sein, dass sie ohne grosse Änderung oder Reklamation der Bevölkerung durchgeführt wird und nur dann wurden die Arbeiten zur Zufriedenheit der Bevölkerung erledigt. Zur Kostenexplosion: Die Kosten dürften für das Demarkieren und Neumarkieren höher sein als durch einen Stopp. Weil weiterhin Vormarkierungen erstellt wurden und die Diskussion mit den abgesetzten Parkplätzen gemäss Postulat 2901 von Philippe Doppler noch nicht abgeschlossen ist, bitte ich, das Postulat nicht abzuschreiben. Ausserdem: Wie wäre es, wenn man Quartier für Quartier umgesetzt hätte und nicht das gesamte Dorf in eine grosse Markierungsbaustelle verwandelt hätte?

Mauro Pavan: In den letzten beiden Einwohnerratssitzungen wurde von verschiedenen Seiten verlangt, man solle zuerst Tempo-30 anschreiben und die Massnahmen anschliessend umsetzen. Ich stelle erfreut fest, dass in der Zwischenzeit die Anschriften für die Tempo-30-Zone erstellt sind. Beim Postulat ging es hauptsächlich um das Parkierungskonzept; zumindest hat es sich auf dieses bezogen. Die gleichzeitige Kombination bei der Umsetzung von Parkraumbewirtschaftung und Tempo-30 führt zu Missverständnissen und dies nicht nur bei der Bevölkerung, sondern teilweise auch im Einwohnerrat. Tatsächlich wurden vermeidbare Fehler gemacht; dies ist nun passiert und ich stelle fest, dass der Gemeinderat daraus gelernt hat. Ich freue mich, dass es trotzdem vorwärts geht mit der Umsetzung des Volksentscheides Tempo-30 auf Quartierstrassen. Es ist sinnvoll, dass die unumstrittenen Markierungen gemacht wurden. Der Gemeinderat hätte

ja auch sagen können, dass er gar nichts mehr macht. Wir können der Abschreibung zustimmen.

Andrea Klein: Die FDP-Fraktion-Mitte ist gegen die Abschreibung, weil aus unserer Sicht noch nicht alles vollumfänglich geprüft und beantwortet ist. Wir konnten lesen, dass durch das Postulat Mehrkosten entstanden sind. Fakt ist, dass nicht der Einwohnerrat Mehrkosten durch die Markierungsstopps verursacht hat, sondern durch falsche Planung und Ausführung deutliche Mehrkosten entstanden sind. Man musste das BfU zuziehen - diese Prüfung dürfte noch offen sein - aber Ingenieurbüro und vermeintlich fachkompetente Personen hatten scheinbar doch nicht so viel Fachkompetenz, um sorgfältig zu prüfen. Es sind noch folgende Fragen offen, die bis jetzt unbeantwortet blieben: Wer hat die Mehrkosten für die Vormarkierung, Demarkierung, Vormarkierung, Markierung sowie die Prüfung durch das BfU nun wirklich verursacht und wie hoch sind diese? Welche Zuständigkeiten haben die Verantwortlichen in der Verwaltung und welche in den Ingenieurbüros? Mit welchen Mehrkosten müssen wir jetzt noch rechnen? Wer trägt diese Mehrkosten? Gibt es dazu Verantwortliche, die man heranziehen könnte? Diese Fragen sind unbeantwortet und deswegen schlagen wir vor, das Postulat noch nicht abzuschreiben.

Christoph Zwahlen: Ich habe noch zwei Fragen und könnte deshalb auch sagen, wir seien nicht fürs Abschreiben. Haben alle Anwohner eine Antwort auf ihre Anliegen erhalten? Ich war auf der Webseite der Gemeinde und habe an politik@pratteln, wo man sich melden soll, geschrieben zu Händen GR Ruedi Brassel und nie eine Antwort erhalten und auch nicht, dass es eingegangen ist. Deshalb weiss ich nicht, ob alle Personen, die ihre Anliegen so vorgebracht haben, auch eine Antwort erhalten haben. Wann und wo ist der definitive Stand nach allen Gesprächen einsehbar, damit man eventuell Beschwerde einreichen kann, falls immer noch etwas übersehen sein sollte, was man einbringen wollte.

Marc Bürgi: Ein Ordnungsantrag aufgrund der Fragen, die durch die SVP eingereicht wurden: Ich bitte, darüber abzustimmen, ob wir die Beantwortung dieser Fragen vorziehen sollen, bevor wir im Rat entscheiden, ob das Postulat abgeschrieben werden soll oder nicht. Ich persönlich würde es sehr begrüßen, weil für mich persönlich die Beantwortung der Fragen match-entscheidend ist, ob ich das Postulat abschreibe oder nicht.

Antrag von Marc Bürgi

Kurt Lanz: Zum Ordnungsantrag: Bezeichnenderweise ist es das, was ich sowieso sagen wollte. Ich habe vor mir eine dringliche Motion, die zu einem Postulat abgeändert wurde und ich erspare ihnen, hier das Postulat vorzulesen. Was ich nun hier erlebe, ist, dass viele Fragen gestellt werden, die ich im Postulat gar nicht sehe. Wir diskutieren, ob wir das Postulat abschreiben und nicht die Fragen, die alle sonst noch zusätzlich gestellt sind. Daher bleibt mir nichts anderes übrig, als das Postulat abzuschreiben und wenn ich noch Fragen habe, muss ich vielleicht eine Motion einreichen, damit die Fragen beantwortet werden. Es kann ja nicht sein, dass wir ein Postulat behandelnd, das klare Sachen enthält, andere Fragen stellen und das Postulat nicht abschreiben. Dies wäre so, wie wenn jemand Fremdes das Postulat während des Verfahrens erweitern würde und dies machen wir in der Regel in diesem Rat nicht. Daher bitte ich sie, der Abschreibung des Postulates zuzustimmen und nicht auf den Ordnungsantrag einzugehen; es hat nichts miteinander zu tun.

Philippe Doppler: Dem Ordnungsantrag kann ich zustimmen und mich Kurt Lanz anschliessen. Er hat gemeint, man könne das Postulat hier abschreiben. Wenn wir das Postulat abschreiben, geben wir dem Gemeinderat grünes Licht, mit den Markierungsarbeiten weiterzufahren. Das hier diskutierte Postulat hat einen direkten Zusammenhang zu meinem Postulat, das noch nicht fertig geprüft ist und ich muss nicht mehr erwähnen, um was es in meinem Postulat gegangen ist. Wenn wir dem Gemeinderat grünes Licht geben, weiterhin zu markieren, denke ich nicht, dass es seriös gemacht wird. Darum

könnten beide Postulate, wenn man sie abschreiben will, zusammen abgeschrieben werden.

Andreas Seiler: Dem Ordnungsantrag kann ich zustimmen. Es ist gut, wenn wir zuerst die Informationen haben, die durch die Fragen kommen. Diese Fragen sind für mich nicht so ausreichend, dass ich das Postulat abschreiben könnte. In der Einleitung des Postulates wird auch auf das Parkierungskonzept verwiesen; unten steht „*Die SVP verlangt einen sofortigen Stopp aller Markierungsarbeiten auf Gemeindegebiet ...*“. Beim Aufstellen der Signalisierung bzw. bei den Fundamenten und den entsprechenden Markierungen hat meines Wissens keine Vormarkierung stattgefunden, entfalten jedoch dieselbe Wirkung. Es können Hindernisse sein, die das Kreuzen mit anderen Verkehrsteilnehmern erschweren und ich hätte mir gewünscht, dass man auch dies in die Vormarkierungen einbezieht und wir alles beurteilen können. Postulat bedeutet ja „Der Gemeinderat soll prüfen und berichten“ und ich hoffe, dass der Gemeinderat auch noch zu diesem Punkt berichten wird.

Im Anschluss an dieses Votum fand die Pause statt. Wie üblich schloss die Fragestunde unmittelbar an die Pause an und es wurde die Frage „Umsetzung Tempo 30 und Parkierungsreglement“ von Patrick Ritschard, SVP-Fraktion, beantwortet. Damit lagen auch diese Informationen vor.

Roland Kuny: Ihr habt die Antworten von Ruedi Brassel auf die Fragen gehört. Die Antworten haben keinen Einfluss auf mein Postulat und ich bitte weiterhin, das Postulat nicht abzuschreiben.

GR Stefan Löw: Strassen im Allgemeinen gehören in mein Departement und ich möchte in diesem Zusammenhang auf den Text hinweisen, der ausdrücklich sagt „*Stopp aller Markierungsarbeiten auf Gemeindegebiet*“. Dies würde bedeuten, dass von jetzt an nicht mehr markiert werden dürfte, sei es ein Fussgängerstreifen oder sonst etwas. Wenn das Postulat so überwiesen wird, handelt es sich um einen Stopp, wenn wir ihm wortgetreu nachleben.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 13 Ja zu 22 Nein bei 3 Enthaltungen:

://: Das dringliche Postulat Nr. 2900 wird nicht abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2884

Wiedererwägung des Einwohnerratsbeschlusses Ziffer 1 vom 29. September 2014 zum Geschäft Nr. 2884 (Sondervorlage: Realisierung Quartierplan Bahnhofplatz, Verpflichtungskredit von CHF 1'872'000 für Strassenausbauten im Rahmen der Neugestaltung Bahnhofplatz Süd)

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 28. Oktober 2014

Auf dem Referentenplatz hat Dieter Härdi, Abteilungsleiter Bau, Platz genommen und steht für fachliche Auskünfte zur Verfügung.

Das Büro schlägt Eintreten und Direktberatung vor.

GR Stefan Löw: Ich entschuldige den Fehler im Versand. An den Fraktionssitzungen haben nicht alle die notwendigen Unterlagen erhalten und wir haben einen Nachversand mit den farbigen und deutlichen Unterlagen gemacht. Weshalb die Wiedererwägung? In der Vorlage sind die Gründe, die zu dieser Wiedererwägung führen, umfassend aufgezeigt und der Gemeinderat hat der Wiedererwägung einstimmig zugestimmt. Darum muss ich nicht alles ausführlich in meinem Referat erläutern. Ich denke, dass die Gründe verständlich und nachvollziehbar und gut dargelegt sind. Der Gemeinderat bittet sie, der Wiedererwägung zu entsprechen und den Beschlüssen 3.1 und 3.2 zuzustimmen.

Diskussion zum Eintreten

Patrick Weisskopf: Ich rede zum Eintreten zur Wiedererwägung. Ich bin gegen Eintreten und komme mir vor, wie an einem Fussballspiel, an dem man 91 Minuten gespielt hat, das Schlussresultat bekannt ist und in der 95 Minute kommt jemand und sagt, es sei etwas schief gegangen und man müsse die letzten 6 Minuten noch einmal spielen. Unser Einwohnerratsreglement sieht bestimmte Sachen vor. Wenn man mit einem Beschluss nicht zufrieden ist, ein Behördenreferendum oder ein fakultatives Referendum mit Unterschriftensammlung und es geht anschliessend weiter. Ich habe gesucht, wo das Rückkommen sein könnte. Es ist ein Rückkommen, weil gar nichts geändert hat. Ein Rückkommen darf man während der Beratung machen und wenn die Schlussabstimmung durch ist, ist es fertig. Da sagt das Gemeindegesetz, dass man kein Rückkommen mehr machen kann und darum ist die Schlussabstimmung für mich definitiv. Ich bitte euch daher, nicht auf die Wiedererwägung einzusteigen.

Antrag von Patrick Weisskopf

Roland Kuny: Auch die SVP-Fraktion ist für Nichteintreten. Zuerst voraus: Wir danken dem Gemeinderat und dem Leiter Bau, die die Wiedererwägung bei uns in der Fraktion vorgestellt haben. Wir sind aus folgenden Gründen zum Schluss gekommen, nicht auf die Wiedererwägung einzutreten und lehnen sie folgerichtig ab. In der Vorlage sind die Kosten für den Bau eines Kreisels mit CHF 500'000 angegeben. Im Budget 2015 sind Zahlen für den Kiesel Münchacker enthalten und dort beläuft sich der Kieselbau auf CHF 1.3 Mio. Somit ist es fraglich, ob die Einsparung tatsächlich nur CHF 110'000 beträgt oder doch einiges mehr. Die Bahnhofstrasse soll von einer verkehrsorientierten zu einer siedlungsorientierten Strasse werden. Mit der geplanten Sperrung der Schlossstrasse im Bereich des Schlosses wäre die Bahnhofstrasse somit die einzige direkte

Nordsüdverbindung vom Rhein Richtung Dorfkern bzw. umgekehrt. Wir brauchen aber eine Nordsüdverbindung mit ausreichender Kapazität. Zudem müssen die meisten vom Dorf kommenden Fahrzeuge drei Viertel des Kreisels befahren. Der Gemeinderat möchte mit dem Kiesel die gefahrene Geschwindigkeit in der Bahnhofstrasse senken. Wer die Bahnhofstrasse kennt, weiss, dass man nicht so schnell fahren kann, wie signalisiert, ausser es ist Nacht und man ist alleine auf weiter Flur. Damit der Kiesel flüssig läuft, müssen alle Zu- und Wegfahrten gleichmässig belastet sein. Mit der Einrichtung einer Begegnungszone beim Bahnhofplatz wird die Situation dort für die Verkehrsteilnehmer unattraktiv und es werden Ausweichrouten gesucht. Somit dürfte der Ast Richtung Bahnhof um einiges schwächer belastet sein und für den vom Bahnhof kommenden Bus ändert sich nichts an der Situation. Ausserdem ist die Ausfahrt aus der UBS beim Kiesel weiterhin nicht gelöst. Der Verweis, dass beim Kunimattkiesel eine ähnliche Situation bei der Tankstelle besteht, lassen wir nicht gelten, weil es dort keine direkte private Ein- oder Ausfahrt in einen Kiesel gibt. Wir bitten euch daher, die Wiedererwägung abzulehnen.

Antrag von Roland Kuny

Gert Ruder: Bereits im Quartierplanverfahren Geschäft Nummer 2732 vor bald 3 Jahren war die SP-Fraktion von der Kreisellösung überzeugt. Diese Haltung hat sich auch bei der Beratung des Geschäftes 2824 nicht geändert, dies war im Juni und September, und wir bleiben dabei. Wir sind sehr dafür, auf das Geschäft einzutreten, auch wenn es nicht üblich und höchst selten ist und meiner Meinung nach erstmalig, dass der Gemeinderat eine Wiedererwägung vorschlägt. Trotzdem kann die SP-Fraktion diese Vorgehensweise voll und ganz nachvollziehen. Die Abklärungen, Fakten und Argumente, verbunden mit der bildlichen Darstellung, bestätigen die SP-Fraktion in ihrer Haltung, dass die Variante mit dem Minikiesel die verkehrstechnisch bessere, zukunftsreichere und nachhaltigere Lösung ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SP-Fraktion ist sich wohl bewusst, dass man nicht leichtfertig mit Beschlüssen dieses Rates umgehen darf. Ich selber bin überzeugt, dass der Gemeinderat dieses Bewusstsein auch hat und erst nach gewissenhaften Abklärungen diese Vorlage dem Einwohnerrat zum Entscheid vorgelegt hat. Die in der damaligen Beratung genannten fantastischen oder fantasievollen Kostenschätzungen für einen Kiesel von CHF 2 Mio. sind widerlegt. Es ist nun vollständige Transparenz vorhanden und ich bitte sie, auf die Anträge dieses Geschäftes einzutreten und den Anträgen gemäss Beschlussentwurf zuzustimmen.

GR Stefan Löw: Der Gemeinderat ist sich seiner Verantwortung sehr bewusst und hat sich gut überlegt, eine Wiedererwägung in Betracht zu ziehen. Die Bedeutsamkeit des Begegnungsortes hat uns dazu bewogen, unter Abklärung beim Kanton, die Wiedererwägung in den Rat zu bringen. Die verschiedenen Gründe führen dies in der Vorlage aus und damit ist auch die Rechtsgültigkeit gegeben. Für den Gemeinderat ist enorm wichtig, dass an diesem Punkt und auch der weiteren Gestaltung die Bahnhofstrasse hinauf, die richtigen Entscheide getroffen werden. In Anbetracht aller Situationen bzw. Darstellungen, die vor euch liegen, ist der Gemeinderat klar der Meinung, dass ein Minikiesel mit Abstand die beste Variante ist. Mit dieser Verantwortung blieb dem Gemeinderat nichts anderes übrig, als eine solche Wiedererwägung zu erwirken. Sonst hätten wir die Chance verpasst, und später hätte es wohl geheissen, dass wir damals nicht richtig reagiert hätten.

Dieter Härdi: Zu den juristischen Abklärungen: Man hat zwei unabhängige Stellen angefragt, damit man zwei Meinungen hat, beide Meinungen waren identisch. Das Gemeindinspektorat BL hat betätigt, dass dies richtig und rechtens ist d. h. der Gemeinderat hat die Mittel, dies auch so durchzuführen. Zu den Kosten des Kreisels: Zum Kiesel Münchacher mit CHF 1.3 Mio. gehört noch der Landerwerb und es handelt sich nicht um einen Minikiesel. Weiter ist er erheblich anders ausgestattet als hier. Vergleichbar ist der Grüssenkiesel, wo wir kürzlich die Bauabrechnung abgeschlossen haben und diese bemisst sich hier auf rund CHF 500'000. Zur Zufahrt, die infrage gestellt wird: Auch in Füllinsdorf wird ein Kiesel durch den Kanton gebaut, der eine Zu- und Wegfahrt zu einem Wohnhaus und verschiedenen Läden enthält. Auch dort wird so gefahren, wie es

hier geplant ist. Wir haben auch im Kt. SO verschiedene Modelle gesehen, wo auf die Kreisel noch zusätzliche Erschliessungen gebaut wurden. Zur Kapazität der Nordsüdverbindung: Hier sind wir einverstanden. Die Kapazitäten müssen absolut eingehalten werden. Wir haben einen durchschnittlichen täglichen Verkehr von 5'000 – 7'000 Fahrzeugen und der Kreisel wirkt hier nicht begrenzend. Er verlangsamt, das ist klar, aber gleichzeitig verflüssigt er den Verkehr, d. h. es gibt keine Vortrittslasten mehr und eine höhere Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer. Alle Zufahrten sind gleichberechtigt und es gibt keine Priorisierung d. h. wer im Kreisel ist, hat automatisch Vortritt. Dies führt zu einem flüssigeren Verkehrsablauf ohne irgendwelche Mittel, die sonst irgendwann einzuführen wären. Dass gleichzeitig in einem Kreisel die Übersichtlichkeit besser ist und in diesem Fall eines 90°-Knies sowie, muss nicht weiter ausgeführt werden. Man hat im Bericht auch erwähnt, dass im Zusammenhang mit dem zukünftigen Kreisel in der Muttererstrasse eine Kammerbildung entsteht, sodass die Strasse im Ein- und Ausfluss gleich ist. Wir brauchen den Verkehr und glauben, dass man den Verkehr beruhigen und Prioritäten setzen kann, ohne Kapazitätsprobleme zu bekommen. Es handelt sich um eine wichtige Achse.

Jens Dürrenberger: Ich weiss nicht genau, wo wir sind. Ich höre immer schon die sachlichen Argumente und ich glaube, wir sind noch in der Diskussion zum Eintreten. Da stellt sich die Frage, ob wir dies als Einwohnerrat behandeln wollen und zu unserer Verantwortung stehen, oder wollen wir es auf ein Gericht oder eine andere Instanz abschieben und sagen, dass es uns nichts mehr angeht? Wir verpassen eine Chance; es ist unser Job, einzutreten und dann kann man alle Argumente bringen und sehen, ob ein Kreisel besser ist oder das andere. Eintreten sollte im Einwohnerrat bei einer solchen Sache nicht zur Debatte stehen.

Emil Job: Ich bin auch für Eintreten und wie Jens Dürrenberger gesagt hat, verpassen wir eine Chance. Wir müssen noch einmal darüber reden und erst dann entscheiden und es nicht einfach schon zu Beginn abschiessen, um dann zu meinen, alles sei gut.

Roland Kuny: Dieter Härdi hat vorhin den Grüssenkreisel erwähnt und gesagt, dass dieser vergleichbar mit dem hier geplanten Kreisel ist. Ich würde ja gerne sehen, wie ein Gelenkbus der Autobus AG drei Viertel des Kreisels fährt; ich denke nicht, dass er es schafft.

Patrick Weisskopf: Wir sind immer noch beim Eintreten. Für mich ist einmalig, dass die Exekutive, der Gemeinderat, die Legislative mit einer vorsorglichen Beschwerde beim Regierungsrat erpresst und sie dort eingibt. Für mich stellt sich die Frage, wer den Einwohnerrat im Rechtsstreit vertreten würde. Ich habe einer Abstimmung zugestimmt, wir haben eine Abstimmung gewonnen und für mich war dies richtig und ich will nicht entschleunigt sein. Ich habe während der ganzen Diskussion viele Gründe gebracht während der Diskussion zum Quartierplan und einer davon war auch der Kreisel. Es gibt viele Gründe, warum ein Kreisel dort nicht optimal ist. Es kann nicht sein, dass nach einer verlorenen Abstimmung die Exekutive zur Legislative geht und Mitglieder bearbeitet, damit man nachher das Geschäft wieder vorbringt. Es ist ein Rückkommen und keine Wiedererwägung; es hat sich nichts geändert. Die Wiedererwägung gehört aus meiner Sicht ins Verwaltungsrecht und hier sind wir im Organisationsrecht der Gemeinden und im Reglement des Einwohnerrates. Ich bitte euch, dies zu respektieren. Ich kann nicht Hand zu so etwas bieten, sonst haben wir dies jedes Mal, wenn die Abstimmung knapp ausfällt, dass die unterliegende Partei kommt und nachher ändern will, weil man nicht vernünftig abgestimmt hätte. Es gibt Vernünftige und Unvernünftige, je nach Seite, auf der man sitzt. Wenn wir es wirklich lösen wollen, müsste man den Kreisel die Bahnhofstrasse hinauf anschauen. Rein juristisch gesehen haben wir nun eine Strassenbaulinie, die den Kreisel vorsieht, aber einen Entscheid, der vorsieht, dass man ihn nicht bauen kann. Jetzt kann man dies in Ruhe in einem neuen Geschäft angehen, das eine Wiedererwägung wäre bzw. ein neues Geschäft, weil wir dort eine neue Situation haben. Man müsste das Geschäft neu eingeben und von Grund auf neu diskutieren. Dies ergibt

auch keinen Sinn. Wir haben beim Quartierplan über das Eintreten diskutiert, über die Fussgängerzone, über den Kreisel, über die Erschliessung von Norden her, die wir schlecht gefunden haben und haben dort Zahlen gefordert, die wir nie erhalten haben. Auch von der BPK kam nie etwas und darum war ich hässig. Wir haben lange über Veloabstellplätze diskutiert, ob nun zwei oder drei Boxen und wo die Bäume stehen. Habt ihr gemerkt, dass mitten im Kreisel ein Baum steht? Dies ist doch idiotisch und ich weiss nicht, was der Baum dort soll. Wir haben gesagt, dass der Bus über den Kreisel fahren soll. Wenn ich im Bus sitze und dann noch um den Kreisel muss, und ich stehe, falle ich garantiert um und bei den vielen Kreiseln, die wir in Pratteln haben, kommt man zum Kotzen, wenn man dort durchfährt. Hinten im Auto sitzen macht keinen Spass mehr. Zur Schlussabstimmung. Wir haben eine Schlussabstimmung gemacht, wir haben ein Einwohnerratsreglement, das sagt, nach Schlussabstimmungen gibt es kein Rückkommen mehr und es ist zu Ende. Im Verwaltungsreglement des Kantons hätte der Gemeinderat Gelegenheit gehabt zu sagen „Liebe Einwohnerräte, ihr habt etwas bestimmt, von dem wir nicht wissen, was für Auswirkungen es hat“. Das hat er nun beim Kanton eingeklagt, weil er nicht weiss, welche Auswirkungen der Beschluss hat. Dann hätte die Abstimmung auf die nächste Sitzung verschoben werden sollen. Das habt ihr verschlafen und ich weiss nicht, ob ihr andere Unterlagen studiert habt oder Stellenbeschriebe oder Bewerbungen; keine Ahnung. Auf jeden Fall verschlafen, ver-schla-fen, ver-lo-ren, fer-tig. Ich bitte euch, nicht darauf einzutreten, ihr macht sonst einen Fehler in der Demokratie. Entweder kommt ein neues Geschäft oder fertig. Was nun hier kommt mit derselben Nummer und demselben Inhalt ist ein abgeschlossenes Geschäft.

GR Stefan Löw: Es liegt uns fern, sie bei diesem Geschäft zu bearbeiten und dies ist auch nicht Absicht des Gemeinderates. Absicht war, sie mit den entsprechenden Unterlagen zu versorgen, aus denen sie die Situation beurteilen können, wie sie in den Varianten vorliegt, wenn sie die Kreiselve variante nicht wählen. Wir sind der Meinung, dass ihnen bei ihrem letzten Entscheid diese Unterlagen gefehlt haben und der Gemeinderat war klar der Meinung, man müsse diese Varianten vergleichen und nachher abwägen. Dies ist der Grund und nicht, wer Recht oder Unrecht hat. Für uns geht es wirklich um Pratteln und den Kreisel. Ob der Gemeinderat nun Fehler gemacht hat oder nicht – wir stehen dazu. Im Moment geht es darum, an diesem Ort die beste Lösung zu erreichen und dafür ist der Gemeinderat auf sie als Einwohnerrat angewiesen. Schauen sie sich dies an, schauen sie, wo die Leute durchlaufen, wie der Platz schlussendlich benutzt wird. Der Entscheid ist wegweisend und geht über unsere Generation hinaus und dies ist der Gesichtspunkt, der uns bewegt hat, noch einmal ein Wiedererwägungsgesuch zu bringen. Dies alleine ist der Grund und ich glaube, es gibt eine Mehrheit, der Wiedererwägung zuzusprechen und dann darüber zu debattieren. Wir haben Fachpersonen hier und andere Personen können sich hier auch noch äussern. Dieter Härdi hat eine grosse Kompetenz in diesen Angelegenheiten und macht es schon seit Jahrzehnten. Auch in der Kommission wurde die Entfernung des Kreisels nie diskutiert; es war erst an der letzten Sitzung, als der Kredit zu sprechen war. Ich bitte sie, der Wiedererwägung zuzusprechen.

Bruno Baumann: Ich bin froh, haben wir einen weitsichtigen Gemeinderat, der nicht nur hinnimmt, sondern sagt, dass etwas schief gelaufen ist. Was haben wir für Möglichkeiten? Patrick Weisskopf: Es ist Demokratie und Gesetz, wenn man beim Regierungsrat bzw. Kanton Einsprache erheben kann, wenn man findet, wir hätten etwas Falsches beschlossen. Ich kann mich erinnern Patrick Weisskopf, dass du von diesem Gesetz auch profitiert und Einsprache erhoben hast, damals gegen eine Schlussabstimmung. „Schluss, aus, fertig“ gab es damals nicht und du hast beim Regierungsrat Einsprache erhoben und recht bekommen, genau wie nun hier der Gemeinderat recht bekommen hat und dies ist nicht irgendetwas, was sich der Gemeinderat aus dem kleinen Finger gesogen hat. Der Gemeinderat hat das Gesetz angewendet und dann kannst du nicht kommen und sagen „Schlussabstimmung, aus, Amen“ und zum grossen Glück haben wir diese Gesetzgebung noch. Du hast einen Fussballmatch angesprochen, man könne nicht in der 91. Minute kommen und sagen, es sei etwas fasch gelaufen und man könne

den Match nicht wiederholen. Auch hier muss ich dir sagen, Patrick Weisskopf, dass es solche Matches auch gibt. Darum bitte ich euch, dem Eintreten zuzustimmen, damit wir, wie GR Stefan Löw schon gesagt hat, noch einmal darüber reden können. Dies ist das Mindeste, was wir machen können und ich bin überzeugt, wir finden eine gute Lösung für alle. Wir wollen schliesslich nicht ins Mittelalter zurückfallen mit einer Lichtsignalanlage. Überall werden Kreisel gebaut und nun kommt Pratteln und will eine Lichtsignalanlage. Sind wir Schildbürger? Daher bitte ich euch, dem Eintreten zuzustimmen.

Gert Ruder: Lieber Einwohnerratspräsident. Ich denke, es ist nicht ausgeschlossen, dass du ein Loyalitätsproblem hast deinem Fraktionskollegen gegenüber. Aber das, was er heute erzählt hat, sprengt den Rahmen schon. Wenn dir schlecht ist, Patrick Weisskopf, bitte ich dich zum Luftschnappen hinauszugehen oder im Keller das zu machen, was du hierin gesagt hast. Aber so haben wir hier in diesem Parlament nicht miteinander zu reden und den Gemeinderat als Erpresser hinzustellen ist allertiefste Schublade.

Kurt Lanz: Wie man es auch immer sieht. Zwei Leute haben schon gesagt, wenn wir nicht auf die Wiedererwägung eintreten, vergeben wir eine Chance. Wir können ja Eintreten und noch einmal darüber diskutieren und am Schluss einer Diskussion noch einmal auf dasselbe Ergebnis kommen. Dann können wir sagen, wir seien zwei Mal auf dasselbe Ergebnis gekommen. Wenn wir nicht eintreten, erwecken wir nach Aussen den Eindruck von verbohrten Leuten, die noch nicht einmal auf etwas zurückschauen wollen, das nicht so gut ist. Grundsätzlich müssen wir nach Aussen zeigen, dass wir in der Lage sind zuzuhören, auf andere oder neue Gegebenheiten einzugehen und daher bitte ich sie im Zusammenhang mit der Wiedererwägung auf das Geschäft einzutreten. Wenn wir hier nicht eintreten, setzen wir ein Zeichen gegen Aussen, dass wir unfähig sind, etwas schlauer zu werden. Schlauer werden wir nur mit Eintreten auf das Geschäft und nicht eintreten heisst, sich verweigern. Dann stört es mich auch nicht, ob man es nun so oder so anschaut. Ich finde es einen mutigen Entscheid, dass der Gemeinderat eine Wiedererwägung startet. Als Alterspräsident bin ich der Ratsälteste in diesem Rat und habe noch nie erlebt, dass der Gemeinderat eine Wiedererwägung gemacht hat. Aus diesem Grund glaube ich nicht, dass es Missbrauch ist. Weil es das erste Mal ist, ist für mich glaubwürdig, dass der Gemeinderat sagt, dass offensichtlich etwas durch die Lappen gegangen ist und die Frage noch einmal gestellt werden muss.

Roger Schneider: Die Mehrheit unserer Fraktion verweigert sich einer Diskussion nicht und ist für Eintreten. Ich finde es bedenklich, was für extreme Züge das Misstrauen gegenüber Gemeinderat und Verwaltung teilweise hierin annimmt. Ich bin froh, haben wir hier keine Verwaltungs- oder Gemeinderats- oder Einwohnerratsdiktatur, sodass wir noch einmal über einen Entscheid diskutieren können. Dieses Recht haben der Einwohnerrat und auch der Gemeinderat und ich hoffe, wir können noch diskutieren, indem wir auf das Wiedererwägungsgesuch eintreten.

Benedikt Schmidt: Das Einwohnerratsreglement sagt, dass man sich in der Regel zwei Mal zu Wort melden kann. Also wenden wir doch dies an; es ist nun alles gesagt und die Meinungen sind gemacht.

Abstimmung zum Eintreten

Der Rat beschliesst mit 28 Ja zu 9 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Auf das Geschäft Nr. 2884 wird eingetreten. Somit werden die Anträge für Nichteintreten von Roland Kuny (SVP) und Patrick Weisskopf (Unabhängige Pratteln) abgelehnt.

Diskussion zum Geschäft

GR Stefan Löw: Danke für die Zustimmung zur Wiedererwägung. Ich stelle nicht in Abrede, dass in der letzten Debatte Fehler passiert sind und wir nehmen die Chance noch einmal wahr. Der Gemeinderat hat offen gelegt, sowohl in der Vorlage als auch mündlich, dass er die Kreiselvariante bevorzugt. Auf einzelne Begründungen einzugehen und darüber lange zu diskutieren bringt nichts. Wir haben uns Zeit genommen, diese sauber aufzuschreiben. Eine Schlüsselerkenntnis ist der Verkehrsfluss der Fussgänger, den wir ein wenig priorisieren. Wenn wir sehen, wie viele Leute sich dort bewegen, vom Tram zum Bahnhof laufen und die anderen Verkehrsteilnehmer, dann den weiteren beachtlichen Verkehr, der dort ohne grosse Hindernisse hindurch muss, damit es keinen Rückstau gibt, musste Vieles in Erwägung gezogen werden. Diese Überlegungen haben schlussendlich zum einstimmigen gemeinderätlichen Entscheid geführt, den Kreisel als beste Variante zu bringen und ich bitte, sprechen sie der ursprünglichen Variante zu und stimmen sie für den Kreisel. Dieter Härdi wird hierüber nachher noch aus Sicht Bau Aufschluss geben. Die Zugänglichkeit zur UBS ist gewährleistet; die Abklärungen bezüglich Bussen bzw. Befahrbarkeit des Kreisels wurde ebenfalls abgeklärt. Wenn sie unsicher sind, stellen sie Fragen und ich oder Dieter Härdi werden sie beantworten und zu 99 % sollten wir dies erreichen.

Benedikt Schmidt: Es gibt pro Person zwei Wortmeldungen zum Eintreten und zwei Wortmeldungen zum eigentlichen Geschäft.

Philippe Doppler: Es gibt sicher diverse sachliche Gründe, die für oder gegen einen Kreisel sprechen. Nichtsdestotrotz bin ich der Meinung, dass es auch eine emotionale Geschichte ist und entweder will ich dort einen Kreisel oder nicht. Der Einwohnerrat hat sich in der Septembersitzung dahin gehend geäußert, dass er keinen Kreisel will. Dies ist Fakt. Nun gibt es heute Abend einige Einwohnerrätinnen oder Einwohnerräte, die ihre Meinung beabsichtigen, zu ändern und mich würde interessieren, welches die Argumente sind, die dazu führen, dass die Meinung ändert. Dies würde ich gerne hören.

Roland Kuny: Ich bin ein wenig erstaunt über die SP. Als ich meine dringliche Interpellation eingegeben habe, hiess es, dass es laut Geschäftsreglement ein Postulat sei und sie würden es nur als Postulat überweisen. Nun beugt man das Geschäftsreglement, wie es einem gerade passt. Aufgrund der in der Eintretensdebatte aufgeführten Gründe werden wir in der SVP-Fraktion diese Beschlüsse ablehnen und ich bitte auch euch, sie abzulehnen.

Patrick Weisskopf: Nun sprechen wir über die Kreisel. Man kann sie gerne haben oder auch nicht. Kurt Lanz hat mich überzeugt und ich rede und verweigere mich nicht. Kreisel können auch problematisch sein und man kann nicht alles mit einem Kreisel lösen. Ich hätte sehr viel Sympathie für einen Kreisel, wenn hier vier gleichberechtigte Strassen aufeinandertreffen würden. Wenn vier Strassen aufeinandertreffen, sind die Kreuzungspunkte verschieden und der Verkehr fliesst. Bei diesem Kreisel höre ich sehr viele Unwörter, die mir gar nicht gefallen wie das schöne Wort „entschleunigen“. Entschleunigen heisst nichts anderes, als vor dem Kreisel zu bremsen, durch den Kreisel zu rollen und dann wieder zu beschleunigen. Wenn man die meisten Kreisel anschaut, stellt man fest, dass die Ein- und Ausfahrten so gebaut sind, dass man kräftig Tempo abbauen muss. Auch an der Hülften sind die Kreisel bereits nach kurzer Zeit stark beschädigt. Hier ist es etwas besser gelöst. Wenn man von der Salinenstrasse kommt, kann man weiterfahren wie heute und mit 50 km/h durch den Kreisel ziehen, weil er fast kein Hindernis darstellt. Umgekehrt von der Bahnstrasse in die Salinenstrasse sieht es katastrophal aus, man macht einen Dreiviertelkreis und dies schüttelt und macht. Es ist ein kleiner und enger Kreisel, d. h. man muss stark reduzieren. Auf der einen Seite ist dies ja erwünscht wegen der Einfahrt in die Fussgängerzone. Für mich heisst aber Fussgängerzone, dass man möglichst wenig Autos darin haben will und man die Erschliessung von woanders her machen muss. Dies würde bedeuten, dass die Park-und-Ride-Parkplätze, die im

Albanhof vorhanden sind, besser genutzt werden müssen und nicht unbedingt mit einem Kreisel eine attraktive Einfahrt zum Bahnhof zu machen ist. Auch das Gebäude Vierfeld und das andere Hochhaus müsste eigentlich von Norden her erschlossen werden und nicht via Fussgängerzone und Bahnhofplatz. Als Velofahrer fühle ich mich in einem solchen Minikreisel recht unwohl. Velofahrer und Velofahrerinnen sind überhaupt nicht einbezogen. Meistens endet der Veloweg weit vor dem Kreisel. Wir haben schlechte Beispiele von Velowegen auch in Pratteln, weil dort, wo es kritisch ist und Velofahrer Schutz brauchen, kein Veloweg mehr ist. Auch hier bei dieser Planung hat man nicht an den Velofahrer gedacht. Man hat einmal gesagt, man werde die kantonale Radroute verlegen - sicher - das müssen wir machen. Neu müssen die Fussgänger die Strasse unmittelbar nach der Ausfahrt aufgrund optimaler Verkehrsflüsse überqueren. Das ist der Moment, in dem die Autofahrer beschleunigen, nach rechts geschaut haben, ob niemand kommt und sich um den Velofahrer gekümmert haben - spannend. Auch Autofahrer tendieren dazu Kreisel relativ schnell zu verlassen und schnell zu beschleunigen. Dies heisst doppelte Gefahr. In diesem Kreisel können die Autofahrer keine Gerade schneiden, aber für den Bus wäre sinnvoll, über den Kreisel zu fahren, um das Schaukeln zu verhindern und darum sehe ich den Baum im Kreisel nicht und der Kreisel müsste busfreundlicher sein, was er nicht ist. So toll ist die Kreiselösung nicht und jetzt soll noch jemand kommen und sagen, eine Kreuzung sei gefährlich. Sie ist es nicht. Habt ihr euch schon gefragt, warum dort Reklame steht? Verkehrswidrige Reklame bei Strassenschildern, die man eigentlich lesen sollte. Auch die Tempo-30-Zone ist illegal. Ich habe nicht gesehen, dass sie bewilligt wurde, man hat sie einfach aufgestellt, um uns etwas vorzumachen. Bei unserer Sitzung wurde bestätigt, dass sich von den Autofahrern keiner darum kümmere und alle mit 45 km/h durchfahren. Kreiselfahren muss gelernt sein. Viele ältere Autofahrer haben Mühe und auch ich weiss nicht immer, wann ich blinken muss und auch die Ausländer haben teilweise andere Gesetze. Ich finde es schön, dass jetzt eine lärmige Stimmung im Saal ist und respektiere diese. Es gibt viele Gründe, gegen einen Kreisel zu sein; diese Gründe habe ich jetzt aufgeführt und darum habe ich letztes Mal gegen den Kreisel gestimmt. Ich finde, er ist am falschen Ort. Mit 4 Strassen, ja, aber mit einer Hauptstrasse, die in eine Tempo-20-Zone führt, ist er nicht nötig und alles mit Kreisel lösen zu wollen, ist das falsche Rezept.

Christoph Zwahlen: Ich kann mit ohne Kreisel leben. Patrick Weisskopf hat uns Vieles gesagt gegen den Kreisel, man kann aber auch dafür sein. Damals, als die SVP das erste Mal Bedenken gegen einen Kreisel angemeldet hat, hat mir dies sehr gut eingeleuchtet und auch heute ist es ein Stück weit so, dass ich das Gefühl habe, wenn dort kein Kreisel ist, fliesst der Verkehr dort besser, wo man ihn haben will, von der Bahnhofstrasse Richtung Salinenstrasse und für den Bus wäre es auch einfacher. Wenn wir gar keine Einspurungen machen, wie es jetzt ist, wird der Verkehr auch langsamer. Wie man entscheidet, ist mir letztendlich egal; beides hat Dafür und Dawider, aber wir müssen bald einmal zu einem Entscheid kommen und haben nicht lange Zeit zum Streiten und müssen jetzt vorwärts machen.

Mauro Pavan: Roland Kuny und Patrick Weisskopf: Wir biegen hier nicht das Einwohnerreglement. Wenn im Einwohnerreglement nichts von einer Wiedererwägung steht, heisst es nicht, dass es keine gibt. Das Einwohnerreglement steht nicht über allem. Ich gehe davon aus, dass sich die Wiedererwägung auf eine Rechtsgrundlage stützt. Ich selber weiss nicht, auf welche und hoffe, der Gemeinderat weiss es und ich hoffe auch für den Gemeinderat, dass er es entsprechend abgeklärt hat, denn sonst wird eine Beschwerde von dir sicher sein. Wer A sagt, muss nicht unbedingt B sagen. Wer A sagt, darf auch zum Schluss kommen, dass A falsch gewesen ist. Patrick Weisskopf hat vorhin gesagt, es gäbe keine neuen Fakten. Wenn du nur schon die erste Seite der Vorlage gelesen hättest, wüsstest du, dass dies nicht richtig ist. Der Gemeinderat hat abklären lassen, wie eine Verkehrsführung ohne Kreisel aussehen würde und ist zum Schluss gekommen, dass ein Kreisel zu bevorzugen ist. Dies sind die neuen Fakten und daher sollten wir zum Schluss kommen, dass A falsch gewesen ist und den Kreisel annehmen.

Emil Job: Ich glaube, auch du Patrick Weisskopf bis noch nicht richtig Kreisel gefahren. Wenn du im Kreisel bist, musst du nicht mehr rechts schauen, weil du Vortritt hast und kannst dich auf das konzentrieren, was vor dir ist. Fussgänger sind bei einer Kreuzung immer heikel und da bietet der Kreisel ganz klare Vorteile. Der Verkehrsfluss alleine ist nicht alles, sondern man muss das Andere auch beachten und daher glaube ich, dass ein Kreisel die bessere Lösung ist.

Gert Ruder: Ich danke Patrick Weisskopf. Grossmehrheitlich hat er die Sachlichkeit wieder gefunden und die eine Bemerkung lasse ich unkommentiert. Du redest von Entschleunigen, das dir nicht gefällt, du redest davon, dass ein Kreisel nur dann gebaut werden sollte, wenn es vier gleichberechtigte Strassen sind. Christoph Zwahlen hat es gesagt: Man dieser oder jener Meinung sein. Ich bin natürlich klar der Meinung, dass der Kreisel besser ist. Zu den Parkplätzen auf dem Bahnhofplatz und dass man dort nicht so gut zufahren können sollte, betrachte ich als an der Haaren herbeigezogen. Zur Erschliessung des Vierfeld: Wir wissen doch alle und haben es hierin diskutiert: Die Erschliessung des Vierfeld soll, wie du vorschlägst, von Norden nach Süden über den Gallenweg erfolgen und nicht über die Bahnhofstrasse. Zu den Velofahrern: Emil Job hat recht. Wenn der Velofahrer im Kreisel ist, soll er mitten im Kreisel fahren, weil er auch dort Vortritt hat. Die Velofahrer, die zu nahe am Rand fahren, setzen sich selber einer Gefahr aus im Kreisel und über diese Unfälle kann man immer wieder in der Zeitung lesen. Velofachleute oder Velofahrer empfehlen schwerstens, mit dem Velo möglichst in der Mitte des Kreisels zu fahren, um vom Autofahrer genügend berücksichtigt zu werden und dann nimmt ihn der Autofahrer auch genügend wahr. Als wesentlichsten und wichtigsten Punkt sehe ich in der Argumentation des Gemeinderates die Fussgängerführung. Wenn man den Fussgängerstreifen so weit unten an die Salinenstrasse machen muss, ist er wirklich nicht am richtigen Ort, auch wenn wahrscheinlich der grössere Teil des Fussgängerverkehrs auf dem Trottoir östlich Salinenstrasse/Bahnhofstrasse läuft. Auch aus diesem Grund bitte ich euch, dem Vorschlag des Gemeinderats, so, wie er hier vorliegt, zuzustimmen.

Kurt Lanz: Philippe Doppler hat gesagt, man soll doch sagen, was einem nun passt. Roland Kuny hat gesagt, die Geschwindigkeit würde eigentlich gar nicht so gross sein, wie sie jetzt ist, weil man sowieso nicht schnell durchfahren könne. Wenn nun jemand von Entschleunigen redet, wenn man sowieso nicht schnell fahren kann... Darum kann man nicht sagen, wir brauchen den Kreisel nicht, weil man schon jetzt dort nicht schnell fahren könne. Die Behauptung aufzustellen, dass, nur weil dort ein Kreisel ist, mehr Leute in die Begegnungszone fahren, halte ich auch als an der Haaren herbeigezogen. Kreisel und Fussgängerstreifen: Fussgängerstreifen nahe beim Kreisel funktioniert in Muttenz auch und ich fahre fast täglich dort hindurch. Es ist kein Problem und dort ist der Fussgängerstreifen unmittelbar beim Kreisel. Wenn man darüber diskutiert, wie gefährlich es für die Velofahrer ist, denke ich, dass es mit oder ohne Kreisel gleich gefährlich ist. Wenn man als Velofahrer links abbiegt und ein Autofahrer will geradeaus, dann ist die Situation ja genau dieselbe mit oder ohne Kreisel. Mauro Pavan hat es schon gesagt und auch mich würde es interessieren, welchen Punkt des Geschäftsreglements wir gebogen haben.

Jens Dürrenberger: Was ist nun der Unterschied zwischen letztem Mal und heute und welche neuen Erkenntnisse gibt es und was wusste man das letzte Mal nicht? Die letzte Abstimmung kam mir ein wenig komisch vor, weil der Kreisel mit dem Argument abgelehnt wurde, die Einfahrt zur UBS wäre gar nicht möglich. Dieses Argument hat mich sehr verunsichert. Der Unterschied von heute zu zwei Monaten ist, dass man weiss, dass dies möglich ist und das Argument, dass seinerzeit gegen den Kreisel gesprochen hat, ist nicht mehr vorhanden und war es damals auch nicht. Damals wurde ein riesiges Einsparungspotenzial genannt. Das Einsparungspotenzial wurde mit der Hälfte der gesamten Bausumme des Bahnhofplatzes genannt. Auch dies hat nicht gestimmt. Ich konnte mir nicht vorstellen, wie es mit einem Lichtsignal aussehen würde. Wir haben jetzt neue Pläne, wie es mit einem Lichtsignal aussehen würde und dies hat mir bei der

Entscheidung ob mit oder ohne Kreisel sehr geholfen. Das andere, immer wiederkehrende Argument ist, dass es vier gleichgrosse Strassen für einen Kreisel sein müssen. Auch dies stimmt nicht. Wir haben beispielsweise den Kreisel Gallenweg/Hohenrainstrasse. Auch dort laufen 95 % des Verkehrs über die Hohenrainstrasse und nur 5 % über den Gallenweg. Trotzdem hat der Kreisel bedeutende Fortschritte bei der Sicherheit gebracht. Ich war dort Zeuge eines tödlichen Unfalles, als ein Autofahrer aus dem Gallenweg hinausfahren wollte, ein Motorradfahrer kam und voll in das Auto gefahren ist. Dies passiert bei einem Kreisel nicht mehr; ich weiss, dass es ein extremes Beispiel ist. Heute nervt mich auch, dass ich vor dem Kreisel abbremsen muss, durch den Kreisel hindurch und trotzdem denke ich, dass ein Kreisel ein Vorteil ist. Ich will nicht der Autofahrer sein, der nachher einen Velo- oder Motorradfahrer auf der Motorhaube hat oder wie wahrscheinlicher am Bahnhofsplatz, einen Fussgänger, der ein Handy am Ohr hat. Darum ist der Kreisel die bessere Lösung für die Verkehrssicherheit.

Fredi Wiesner: An der Einwohnerratssitzung wurde der Kreisel aus diversen Gründen abgelehnt: Wegen der UBS-Einfahrt, wegen Fussgängern ... jeder hatte seinen Grund. Nun haben wir vom Gemeinderat eine neue Vorlage mit Beilagen erhalten. Schade, ist Urs Hess nicht anwesend, weil er das letzte Mal massgebend war, dass dies ins Rollen kam, schlussendlich abgelehnt wurde und er kann sich heute nicht wehren. Es wurde gesagt, eine Lichtsignalanlage könne man sich nicht vorstellen und sei ein Rückschritt. Nach meiner Meinung hat Urs Hess nur gesagt, man solle Leerrohre einlegen, und wenn es nicht funktioniert, könnte man eine Lichtsignalanlage machen. Eine generelle Forderung war es nicht. Auch keine Forderung war, dort eine Einspurung nach links zu machen - dies ergäbe eine sog. Mischspur - was zur Folge hätte, dass der Fussgängerstreifen sehr weit in die Salinenstrasse kommt, was bedeutet, dass niemand so weit nach unten laufen würde. Durch das entstand ein Fussgängerstreifen unmittelbar bei der Bahnhofstrasse über die Kreuzung hinweg, was auch nicht richtig funktionieren kann, weil die Fussgänger dann zwei Mal eine Strasse kreuzen, auf der man auch noch fahren sollte. Dies führt dann wohl zu einem Rückstau Richtung Tram. Mir persönlich hat hier die Situation gefehlt, wie sie jetzt ist. Ich arbeite dort nun schon 40 Jahre, es hat nicht schlecht funktioniert, Unfälle gab es meines Wissens nach nicht viele und keine wesentlichen Probleme. Diese Variante haben wir hier leider nicht vorliegen, wo man auch sehen würde, wo man den Fussgängerstreifen meiner Meinung nach dort machen könnte, wo er heute ist und auf denjenigen beim Bahnhof verzichten. Dann wären wir wieder fast gleich weit wie mit dem Kreisel und wir hätten wieder einen Fussgängerstreifen über die Salinenstrasse hinweg. Für mich persönlich, ich rede hier für mich und nicht für die Fraktion, kann ich die Variante mit den beiden Beilagen nicht befürworten. Ist wirklich der Kreisel die bessere Variante? Wie gesagt, hat mir die einspurige Variante gefehlt, was diese bringt und wie viel sie kosten würde. Von mir aus gesehen ist schlecht, dass man dort eine Begegnungszone hat und davon war ich schon immer ein Gegner. Da spielt die Variante keine Rolle, weil man bei allen direkt in die Begegnungszone fährt, wo der Fussgänger Vortritt hat. Ich weiss nicht, ob ich dann nach 10 Jahren sagen kann, ich hätte dort keine Unfälle gefunden. Der Bahnfahrer hat es immer eilig, ist immer spät dran und ich möchte denjenigen sehen, der wirklich dem Rand nach Richtung Bahnhof läuft und erst unten hinüber geht. Ich vermute, es laufen alle nach dem Kreisel hinüber und dann wartet der Autofahrer, bis er endlich dort hineinfahren kann. Darum wäre es besser gewesen, man hätte eine klare Strasse gemacht mit Tempo-30, dann hätten die Autofahrer gewusst, wann sie fahren dürfen und wann nicht. Mir fehlt die Antwort, warum man nicht eine Strasse ohne Einspurung macht und hoffe, dass Dieter Härdi nachher eine Antwort geben kann, warum wir diese Variante nicht haben.

Dieter Härdi: Zu Fredi Wiesner: Wir haben eine Zufahrt, die verbessert wird, Albanhof kombiniert mit dem Hochhausneubau, wo zusätzlich 120 unterirdische Parkplätze erschlossen werden und bereits dort findet eine Aufweitung der Fahrbahn statt. Wenn man nun die Beilage 1 anschaut, so muss in diesem Bereich abgelenkt werden, ohne die Fahrbahn zu belasten. Bereits hier besteht eine Ausweitung der Fahrbahn und es macht wenig Sinn, nach dieser Zufahrt wieder schmal zu werden und dies genau in jenem Be-

reich, in dem der öV beim Linksabbiegen in der Kurve überhaupt keinen Platz hat. Dies ist ein Problem und das hat auch der Verkehrsplaner festgestellt. Man kann nicht sagen, dass man diese Variante nicht ausführen könne, aber es ist eine schnelle und gefährlichere Variante. Wir haben vom 14. - 17. November Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt und festgestellt, dass in der Tempo-30-Zone - ob diese nun rechtsgültig ist oder nicht, es handelt sich um eine Baustellensignalisation - von 20'000 Fahrzeugen nur 1'000 30 km/h gefahren sind. Wir wissen, dass bei der Variante Kreisel dies nicht so stattfinden wird und dass der Fussgänger unmittelbar hinter dem Kreisel geschützt wird durch die Entschleunigung.

GP Beat Stingelin: Zu Fredi Wiesner: Du arbeitest dort und ich wohne dort. Ich bin froh, wenn der Kreisel kommt, weil er beruhigt. Wenn ich von meinem Haus hinten nach vorne fahren will, habe ich nicht links und rechts Parkplätze, die die Sicht versperren. Mit dem Kreisel sind diese Parkplätze weg. Der Liegenschaftsbesitzer dort begrüsst es auch. Dann hat mir der Ex-Regierungsrat Krähenbühl erklärt, warum bei einem Kreisel der Fussgängerstreifen unmittelbar bei der Ausfahrt sein muss und nicht weiter weg. Ich dachte immer, es sei gefährlich und weiter weg besser. Nein. Wenn du im Kreisel bist, ist das Tempo gering und der Fussgänger ist dort sicherer, als wenn der Fussgängerstreifen weiter weg ist. Das hat auch mir eingeleuchtet, aber ich musste es erst lernen. Fussgänger auf die andere Seite: Die Fussgänger auf die Seite UBS zu leiten ist Mumpitz und das haben wir ja in der Realität gesehen. Glaubt ihr, dass alle, die zum Tram aussteigen, über die Strasse laufen? Nein, die laufen bei Fredi Wiener vorbei, gehen über den Platz und dann zum Bahnhof. Das ist der normalste Fussgängerweg. Jedes Mal bei einem Heimspiel des FCB sieht man ganze Kolonnen und die laufen dort durch und nirgends anders. Verändert nicht etwas, das jetzt mit dem Kreisel wirklich den Gegebenheiten entspricht d. h. dem, was die Leute machen. Schaut, wo die Leute durchlaufen und so muss es gebaut werden und mit dem Kreisel machen wir das und dies ist für mich die sicherste Variante. Wenn ich von der Bahnhofstrasse in die Salinenstrasse fahre, nehme ich im Kreisel das Tempo herunter, weil unmittelbar daran die Einfahrt in die Tiefgarage erfolgt. Bitte stimmt dem zweiten Antrag des Gemeinderates zu; er ist gleich wie der erste und sinnvoll und hilft allen.

Christine Gogel: Die Bevölkerung hat nicht das Recht, hier vorne zu stehen und das Wort zu ergreifen, aber weil ich zumindest einen Teil der Bevölkerung präsentiere, möchte ich ein Wort dazu sagen, sie könnten nicht mit einem Kreisel umgehen. Ich traue dies den Einwohnern durchaus zu und auch den Ausländern. Schon über die Grenze im Elsass sind sie total Fan von Kreiseln und jeder weiss mit einem Kreisel umzugehen und wie man sich darin bewegt und fährt. Wir hier drinnen, die vor bald 100 Jahren gelernt haben, Auto zu fahren, haben es inzwischen auch gelernt und es gibt genug Kreisel zum Üben und die Jungen lernen es heute in der Fahrschule. Dieses Argument sticht überhaupt nicht.

Andreas Seiler: Ich habe an der letzten Beratung für den Antrag von Urs Hess gestimmt, weil ich der Meinung war, dass man auf dieser wichtigen Innerortsverkehrsachse die Kapazität möglichst hoch halten müsse. Im Nachhinein muss ich sagen, dass das damalige Vorgehen sehr ungeschickt war, nicht inhaltlich, sondern im Allgemeinen. Wir haben eine Vorlage inhaltlich verändert, den Kredit aber trotzdem gesprochen. Besser wäre gewesen, man hätte das Geschäft mit der Forderung an den Gemeinderat zurückgewiesen, beide Informationen zu erhalten, um die Varianten vergleichen können. Dies haben wir nun über Umwege erhalten und nach einigen Diskussionen auch mit Dieter Härdi, konnte ich mich überzeugen, dass für die Kapazität der Kreisel die bessere Lösung ist. Vor allem das Linksabbiegen aus der Salinenstrasse erscheint mir besser, denn dort besteht auch mit der Einspurstrecke die Gefahr, dass es einen Rückstau gibt, weil nicht garantiert ist, dass bei grösseren Fahrzeugen wie beispielsweise einem Bus, rechts überholt werden kann. Ich ändere darum jetzt meine Meinung, stimme dem Kreisel zu und hoffe, dass wir hierfür eine Mehrheit finden. Auch die Kapazität auf dieser wichtigen Innerortsachse können wir hoch und den Verkehr flüssig halten. Vor allem für den Stras-

senverkehr, aber auch den Fussgängerverkehr und die Velofahrer - diejenigen, die nicht durch den Kreisel wollen, können auch durch die Burggartenstrasse fahren - ist die Situation so besser.

Abstimmungen

Von der SP-Fraktion liegt ein Antrag auf Abstimmung von Antrag 3.1 unter Namensaufruf vor. Dazu sind 8 Unterschriften notwendig; die SP-Fraktion hat 11 Unterschriften erreicht. Dies beudet, dass die Abstimmung zu Antrag 3.1 unter Namensaufruf erfolgt.

Abstimmung zu Antrag 3.1

Der Einwohnerrat beschliesst unter Namensaufruf mit **24 Ja** (Sylvie Anderrüti-Bouillat, Bruno Baumann, Stephan Bregy, Rosa Calicchio, Jens Dürrenberger, Christine Gogel, Werner Graber, Rös Graf, Dominique Häring, Martina Häring, Emil Job, Eva Keller, Walter Keller, Kurt Lanz, Mauro Pavan, Claudio Rossi, Gert Ruder, Pascal Schacher, Benedikt Schmidt, Roger Schneider, Andreas Seiler, Thomas Sollberger, Fredi Wiesner und Fabienne Zahnd Birri) **zu 10 Nein** (Marc Bürgi, Philippe Doppler, Andrea Klein, Roland Kuny, Patrick Ritschard, Simone Schaub, Christian Schäublin, Urs Schneider, Dieter Schnetzer und Patrick Weisskopf) **bei 4 Enthaltungen** (Peter Häring, Christoph Pfirter, Albert Willi und Christoph Zwahlen):

://: 1. Ziffer 1 des Einwohnerratsbeschlusses vom 29. September 2014 zum Geschäft Nr. 2884 (Sondervorlage: Realisierung Quartierplan Bahnhofplatz, Verpflichtungskredit von CHF 1'872'000 für Strassenausbauten im Rahmen der Neugestaltung Bahnhofplatz Süd) wird aufgehoben.

Abstimmung zu Antrag 3.2

Der Rat beschliesst mit 24 Ja zu 10 Nein bei 4 Enthaltungen:

://: 2. Der Kreiselbau wird wie im Strassenbauprojekt gemäss Quartierplanung vorgesehen realisiert.

Die Beschlüsse unterliegen dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 29. Dezember 2014.

Fragestunde

Frage 1

„Umsetzung Tempo 30 und Parkierungsreglement“

(Patrick Ritschard, SVP-Fraktion)

GR Ruedi Brassel: Frage 1: *Wie hoch ist die Vertragssumme, welche mit dem Planungsbüro vereinbart wurde? CHF 72'000.00 exkl. MwSt.* Frage 2: *Wie hoch sind die vertraglich vereinbarten Gesamtkosten für die Umsetzung? CHF 242'127.45 exkl. MwSt.* Frage 3: *Wieviel davon haben die bereits umgesetzten Massnahmen beansprucht? Für die Markierungsarbeiten ca. CHF 52'000 und für die Signalisierungsarbeiten ca. CHF 13'000 exkl. MwSt.* Frage 4: *Welche Kosten haben die gesamten Korrekturarbeiten bislang verursacht? Diese Kosten können nicht separat ausgewiesen werden. Es waren aufwendigere Vormarkierungsarbeiten notwendig und es entstanden Mehrkosten durch den veranlassten Stopp. Konkret lassen sich diese im Moment nicht beziffern.* Frage 5: *Werden in den neuen 30er Zonen, welche mit entsprechender Bodenmarkierung bereits als Tempo 30 ausgewiesen sind, Radarkontrollen durchgeführt? Radarkontrollen können frühestens durchgeführt werden, wenn die Signalisation mit den entsprechenden Schildern steht (Eingangstore 30er Zone). Die Markierungen am Boden reichen alleine nicht aus.* Frage 6: *Wenn ja: mit welcher Messlimite resp. Toleranz? Unser Radargerät ist gemäss eidgenössischem Eichzertifikat auf eine Toleranz von 3 km/h zugelassen.*

Patrick Ritschard: Wer trägt die Kosten für die Korrekturarbeiten, die durch die teilweise Fehlplanung entstanden sind? Es war von Mehrkosten die Rede, die erwartet wurden: Wie hoch schätzt der Gemeinderat die Mehrkosten prozentual?

GR Ruedi Brassel: Über eine Kostenverteilung kann ich jetzt nichts sagen. Wir werden versuchen, die Mehrkosten so gering wie möglich zu halten und schauen, dass diese verursachergerecht aufgeteilt werden. Ich kann keine Versprechungen machen oder eine Aufteilung vorhersagen und ebenso wenig den Finger in die Luft halten und sagen, wie viele Prozent Mehrkosten entstehen. Dies wäre vermessen. Ich verlasse mich auf diejenigen Personen, die das Controlling machen, kann die Beurteilung auch nicht selber vornehmen und werde es auch nicht machen.

Die Frage ist beantwortet.

Die Sitzung wird auf Antrag von Christoph Pfirter angesichts der fortgeschrittenen Zeit abgebrochen.

Geschäfte 2897, 2879, 2907, 2909 und 2911 nicht behandelt.

GP Beat Stingelin zum Gestank in Pratteln: Ich habe heute Abend den Betriebsleiter und seinen Stellvertreter an diese Sitzung eingeladen, weil wir dachten, wir könnten die Interpellation beantworten. Wir möchten Ihnen einige Informationen übermitteln, die mit der Verantwortung aber nichts zu tun haben. Als ich aus den Ferien zurückkam, hat es wieder in Pratteln gestunken. Dies war am Samstagabend und am Sonntag hatte ich zu Hause 17 Anrufe und heute war der ganze Tag auch wegen des Gestankes besetzt. Die Geruchsmeldestelle bekam wieder viele Informationen und die ARA hat mitgeteilt, dass sie wieder ein technisches Problem haben. Ich habe das komisch gefunden, weil in der letzten Woche eine Mitteilung an alle Haushaltungen in der Region ging, an Pratteln, Muttenz, Augst und in der Mitteilung wurde gesagt, man bekomme es in den Griff. Heute

ging um 16.00 Uhr eine Medienmitteilung heraus, dass man es nicht im Griff habe und es weiter stinke. Ich habe dem Kanton geschrieben und lese es vor „*Ich zweifle an der Fachkompetenz der Unternehmung, Prozesse nicht im Griff*“. Dies habe ich an Alberto Isenburg nach Liestal geschrieben. Mit Unternehmung habe ich die ARA gemeint. Irgendwann kann ich nicht mehr daran glauben, dass man weiss, warum was passiert und wenn man das nicht weiss, hat man die Prozesse nicht im Griff. Ich habe dann, und dies ist das Wichtigste, was ich heute Abend mitteilen kann, um 17.25 Uhr von Herrn Alberto Isenburg vom BUD die Meldung erhalten *“Ich habe für heute Abend eine Krisensitzung mit allen Industrie-CEO’s aus Schweizerhalle einberufen. Mal sehen, was rauskommt. Herzliche Grüsse*“. Ihr seht also, der Kanton ist heute Abend sehr aktiv geworden, denn es hat von Birsfelden bis Kaiseraugst gestunken. Uns wird vorgeworfen, vor allem dem Gemeinderat, er mache nichts. Ich kann ihnen sagen, ich habe heute schon fast die gesamte Zeit aufgebraucht, die ich für 50 % aufbrauchen kann und ich muss ihnen sagen auch mir stinkt’s. Ich kämpfe dafür, dass der Gestank weg geht und ich hoffe, dass sich nun auch die Landräte zu Worte melden, denn es ist nicht nur ein Prattler Problem, es ist ein kantonales Problem. In diesem Sinne hoffe ich, dass Herr Locher noch einmal an die nächste Sitzung kommt. Ich biete ihn noch einmal auf und er wird dann spezifisch auf ihre Fragen und die von Patrick Weisskopf eingehen.

Verabschiedung von Kristin Künzli: Heute ist die letzte Sitzung von Kristin Künzli, die die Gemeinde verlässt. An dieser Stelle danke ich ihr sehr herzlich für die tolle Arbeit, die sie in den letzten Jahren für die Gemeinde geleistet hat. Gerade als Präsident des Einwohnerrates weiss man eine solche Unterstützung sehr zu schätzen. Es war wirklich gut und wir haben viele Pendenzen abgebaut. Ich wünsche ihr auf ihrem Lebensweg alles Gute und als kleines Dankeschön für die tolle Arbeit haben wir hier einen Blumenstrauss. Kristin Künzli wird unter Applaus verabschiedet.

Die Sitzung wird um 22.15 Uhr beendet.

Pratteln, 10. Dezember 2014

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Benedikt Schmidt

Joachim Maass